



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 07.05.2015**

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Herr Karl Montag	
------------------	--

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	ab 19:40 Uhr
Herr Manfred Grebenstein	
Frau Gabriele Kniese	
Frau Dr. Marita Kroneberger	
Frau Ilona Pfetzing	
Herr Lutz Schaub	
Frau Karin Schneider	
Frau Petra Strauß	
Herr Matthias Wenderoth	

CDU-Fraktion

Herr Dr. Manfred Bödicker	
Herr Thomas Große	
Herr Claus Hamp	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Andreas Kühnel	
Herr Jörg Rüppel	
Herr Stefan Schneider	
Herr Dr. Andreas Vogt	
Frau Julia Witthüser	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Herr Siegfried Fiegenbaum	
Herr Armin Jung	

FDP-Fraktion

Herr Klaus Volkmar	ab 19:27 Uhr
--------------------	--------------

FWG-Fraktion

Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Partei Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Jörg Hartebrodt	
Herr Alexander Heppe	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Ernst Hartig	
Herr Walter Hoefel	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Georg Rost	
Herr Horst Schäfer	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Zuschauer/innen

25	
----	--

Vertreter der Presse

2	
---	--

Entschuldigt waren:

SPD-Fraktion

Herr Peter Krohn	
Herr Jörg Heinz	

CDU-Fraktion

Herr Hartmut John	
Herr Michael Schmidt	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Claudia Fiedler	
----------------------	--

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Stefan Happel	
--------------------	--

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Gonnermann	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:11 Uhr

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

- | | |
|--|----------|
| 71. Magistratsbericht | Seite 6 |
| 72. Resolution:
Für Freiheit und Toleranz | Seite 9 |
| 73. Austritt der Stadt Wanfried aus dem Tourismus-Zweckverband Eschwege-
Meinhard-Wanfried | Seite 12 |
| 74. Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktion betr. Umbenennung der
Straßen Dr. Beuermann-Straße und Fritz-Neuenroth-Weg
Beschluss Nr. 84 der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.2008 - zuletzt erörtert
im Hauptausschuss am 13.06.2013, 15.07.2014 und 27.11.2014
hier: Umbenennung des Fritz-Neuenroth-Weges | Seite 14 |
| 75. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 der
Kreisstadt Eschwege
hier: Beratung und Beschlussempfehlung | Seite 19 |

76. Bedarfs- und Entwicklungsplan der Freiwilligen Feuerwehren der Kreisstadt Eschwege (BEP)	Seite 23
77. Bebauungsplan Nr. 41.5 „Einzelhandelsregelung Gewerbegebiet Hessenring“ (Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137); Erlass einer Veränderungssperre für die Flurstücke 224/2, 225, 226 und 227, Flur 22 Gemarkung Eschwege (ehemaliger Möbelmarkt)	Seite 26
78. Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2015	Seite 27
79. Anfrage der Partei Die Linke betr. ausstehende Steueransprüche	Seite 28
80. Antrag der FWG-Stv.-Fraktion betr. Einführung eines Anliegen-Managements	Seite 30
81. Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Verbesserung der Parksituation an der Kindertagesstätte „Kleine Strolche“	Seite 33
82. Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege Berichtszeitraum: 2013	Seite 35
83. Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktion betr. Bildnis Dr. Beuermann im Magistratszimmer	Seite 36
84. Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktion betr. Regionalisierungsmittel des Bundes zur Finanzierung des Bus- und Bahnverkehrs, u. a. des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV)	Seite 37
85. Anfrage der Partei Die Linke betr. Nutzung von leerstehenden Wohnungen für Asylbewerber	Seite 39
86. Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktion betr. Bericht zu Aktivitäten und zur Vernetzung der Flüchtlingshilfe in der Kreisstadt	Seite 41
87. Anregungen	Seite 42

- 11 -

Stv.-V. Montag:

"Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich begrüße Sie alle recht herzlich heute Abend zur 2. Sitzung im Jahr 2015, Sie haben richtig gehört, 2. Sitzung, und zur 37. Sitzung in dieser Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege, hier in unserer Stadthalle.

Ich begrüße ganz besonders Sie, die erschienenen Zuschauer auf das Herzlichste. Was mich besonders freut, ist, dass ein Leistungskurs Geschichte aus dem OG heute Abend hier ist und noch Schüler von der Friedrich-Wilhelm-Schule, habe ich mir sagen lassen. Das wird gleich noch eine Rolle spielen, weil ich nämlich vorhabe, die Tagesordnung in ihrem Sinne etwas abzuändern. Ich stelle jedenfalls den Antrag dazu, dass sie nicht ganz so lange, denn es gibt heute Abend wohl eine etwas längere Sitzung, dann hier sind und morgen frischen Mutes wieder in die Schule gehen können.

Ich begrüße die Pressevertreter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne nun die heutige Sitzung und stelle fest, dass zur Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Hinweis zur Amtlichen

Bekanntmachung erfolgte, wie immer, auf www.eschwege.de mit der heutigen Tagesordnung, und das Ganze passierte in der Werra-Rundschau am Samstag, dem 02.05.2015.“

Stv.-V. Montag gibt die entschuldigt fehlenden bzw. später kommenden Stadtverordneten, Magistratsmitglieder und Ortsvorsteher bekannt.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit Ihren Unterlagen zugegangen.

Gibt es Anträge zur Tagesordnung, oder gibt es Einsprüche oder noch Änderungswünsche? Von Ihrer Seite ist das nicht der Fall. Dann mache ich Ihnen den Vorschlag, in Anbetracht, wie ich es eben schon angekündigt habe, dass hier junge Menschen sind, die morgen wieder in die Schule müssen, den Tagesordnungspunkt 12 Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betrifft Fritz-Neuenroth-Weg zu tauschen mit Tagesordnungspunkt 4 „Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege“. Der wird dann 12, der Beteiligungsbericht, und der Fritz Neuenroth Tagesordnungspunkt 12 wird dann 4. Gibt es dagegen Einwendungen? Ich habe vorher die Fraktionsvorsitzenden darauf angesprochen. Das ist nicht der Fall.“

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 4 und 12 werden in der Tagesordnung getauscht.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag:

Dann können wir jetzt über die Tagesordnung abstimmen. Wer der Tagesordnung, so wie Sie Ihnen vorliegt, zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden geänderten Form zugestimmt.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag:

„Dann müssen wir noch ein Protokoll genehmigen, und zwar das Protokoll vom 02.03.2015, das war die Sondersitzung Werratalsee. Wer diesem Protokoll zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Das Protokoll vom 02.03.2015 wird genehmigt.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag gratuliert den Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir können nun in die Tagesordnung für den heutigen Abend eintreten, so, wie Sie eben beschlossen haben. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1 „Magistratsbericht. Das Wort hat Herr Bürgermeister Heppe, bitteschön.“

71. MAGISTRATSBERICHT **- 11/4 -**

Bgm. Heppe:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Gäste.

1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung

Dort sind folgende Punkte zu nennen:

- **Antrag der SPD-Stadtverordneten-Fraktion betreffend Energetische Sanierung des städtischen Wohnhauses Wacholderweg 2-4**
Gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.07.2010 wurden diverse Sanierungskonzepte und Konzepte zur Umsetzung derselben erarbeitet. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der finanziellen Belastung für die Stadt Eschwege konnte diesbezüglich seitens des Magistrats jedoch kein Beschluss gefasst werden.
Daraufhin sollte erneut versucht werden, das Objekt zu vermarkten, und es wurde ein Exposé an Makler und andere versendet und Gespräche, unter anderem auch mit institutionellen Organisationen, geführt, leider ohne Erfolg.
In der Magistratssitzung am 22.12.2014 wurde erörtert, dass die Gespräche bezüglich einer Veräußerung vorerst gescheitert sind. Bis zu einem evtl. Verkauf des Objektes hat der Magistrat in dieser Sitzung beschlossen, das Objekt wieder komplett zu vermieten. Hierzu wurden die Wohnungen vom Baubetriebshof in einen guten, vermietbaren Zustand versetzt, die Elektroinstallationen modernisiert und außerdem neue Spülen eingebaut.
Seitdem sind wieder 12 von 18 Wohneinheiten vermietet, bei drei Wohnungen steht der Abschluss von Mietverträgen bevor.
- **Antrag der CDU-Stadtverordneten-Fraktion betreffend Gestaltungssatzung für die Eschweger Innenstadt**
Der Satzungsentwurf wird derzeit geprüft und mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund inhaltlich abgestimmt.
- **Antrag der SPD- und Grünen-Stadtverordneten-Fraktion betreffend vorbeugender Hochwasserschutz und Werrarenaturierung**
Derzeit befindet man sich in der Abstimmungsphase für die jeweiligen Flussabschnitte der interkommunalen Kooperation zur Erstellung des Hochwasserschutzkonzeptes. Die Ergebnisse hierzu werden voraussichtlich Ende Juli 2015 erwartet und in den Gremien dann beraten werden.
- **Antrag der SPD- und Grünen-Stadtverordneten-Fraktion betreffend Erweiterung des Eschweger Hallenbades**
Hier nur stichpunktartig:

- Der Rohbau ist fast fertig.
 - Vom Edelstahlbecken sind die ersten Teile angeliefert, vollständig verbaut, der Hubboden muss noch installiert werden.
 - Die Dacharbeiten haben begonnen, die Abdichtung ist jedoch schon vollständig, die Fertigstellung steht auch hier unmittelbar bevor.
 - Weitere Submissionen von Ausbau- und Technikgewerken sind erfolgt und vergeben.
- Mit einer Inbetriebnahme des Multifunktionsbeckens ist im Spätherbst zu rechnen.

• **Werratalsee**

Ich habe in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung, das war diese besagte Sondersitzung, gesagt, dass ich im Rahmen der Berichtspflicht des Magistrats von nun an regelmäßig einen Sachstand zum Werratalsee geben möchte. Auf Grundlage der Beschlüsse von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hat sich die Expertenrunde Werratalsee am 17.03.2015 zu ihrer ersten Sitzung getroffen. Es bestand Einigkeit unter den Dreien, dass man das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie in die Expertenrunde mit einbeziehen möchte. Auf Grundlage der eben genannten Gremienbeschlüsse habe ich einen Mitarbeiter aus der Stadtplanung zum Projektverantwortlichen für den Werratalsee bestimmt. Dieser hat für mich den aktuellen Sachstand zusammengefasst, was ich jetzt Ihnen hier wiedergeben darf.

Ohne Kenntnis der bei der konstituierenden Sitzung überreichten umfangreichen Unterlagen konnte von der Expertenrunde vorerst nur eine grobe Einschätzung zum Werratalsee abgegeben werden. Danach sind neben der weiteren Untersuchung der Phosphateinträge aus Landwirtschaft und Werra auch andere Nährstoffe, vor allem Kalium und Magnesium, zu betrachten. Wichtig sei auch, die Untersuchungen möglichst ganzjährig durchzuführen, um Erkenntnisse zu erhalten, wie sich der See im Zusammenspiel mit dem umgebenden Grundwasser in unterschiedlichen Jahreszeiten und witterungsabhängig verhält.

Da eine Phosphatrücklösung in den tieferen Bereichen des Werratalsees eine größere Rolle spielen könnte, als bisher angenommen, sollte auch das Sediment näher untersucht werden. Die höherwüchsigen Wasserpflanzen sollten weiterhin gemäht und das Mähgut entfernt werden. Dabei sollten die Mäharbeiten möglichst großflächig erfolgen und sich nicht, wie bisher, auf die wassersportlich genutzten Bereiche beschränken.

Zurzeit ist die Expertenrunde dann noch damit beschäftigt, die vorliegenden Gutachten und Daten zu sichten und auszuwerten. Dabei werden auch die empfohlenen bzw. bereits durchgeführten Maßnahmen auf ihre Plausibilität hin überprüft. Sobald noch weitere Daten vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie vorliegen, dazu ist eine Datenüberlassungsvereinbarung erforderlich, die aber bereits unterschrieben ist, soll die Analysephase kurzfristig abgeschlossen werden, um sich auf die Diskussion und Entwicklung von weiteren Lösungsvorschlägen zu konzentrieren.

Dies soll voraussichtlich bis Ende Mai erfolgen. Anfang Juni ist ein Abstimmungsgespräch der Expertenrunde mit der Verwaltung geplant, um die Auswertung und erste Vorschläge vorzustellen sowie die Präsentation in den politischen Gremien und die anschließende Diskussion vorzubereiten.

Durch eine urlaubsbedingte längere Abwesenheit und den Beginn des Sommersemesters konnte ein cloudbasierter Speicher noch nicht eingerichtet werden. Zur Erklärung: In diesem virtuellen Datenraum sollen die Erkenntnisse und Zwischenergebnisse gesammelt werden, und über diesen Raum wollen sich die Experten dann künftig aufgrund ihrer Ortsferne dann auch austauschen.

Die Zusammenfassung der durchgeführten Untersuchungen zur Wasserqualität des Werratalsees sowie die Machbarkeitsstudie zur Wasserspiegelanhebung und die im Rahmen der Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens erarbeiteten Gutachten wurden zwischenzeitlich im Internet eingestellt.

2. Bekanntgabe der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach § 100 i. V. mit § 7 der Haushaltssatzung für das Jahr 2014

Folgenden außer- und überplanmäßigen Auszahlungen hat der Magistrat im Haushaltsjahr 2014 zugestimmt:

- Wasserschutzstudie Interkommunale Zusammenarbeit (apl)	256,00 €
- Friedrich-Wilhelm-Straße Vergabe von Ingenieurleistungen (üpl)	9.300,00 €
- Andreashöhe / Langenhainer Straße Zahlung der Bau- und Ablösekosten (üpl)	25.500,00 €
- Zentralklärwerk Speicherprogrammierbare Steuerung (üpl)	7.500,00 €

3. Auftragsvergaben

Seit der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. Dezember des vergangenen Jahres hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

· Auftragserweiterung betreffend Hochwasserschutz Albungen, Erdarbeiten Los 1-3	334.031,82 €
· Übertragung der Ingenieurleistungen der Objekt- planung für Freianlagen und Ingenieurbauwerke sowie Beratungsleistungen beim Hochwasserschutz in Albungen	51.137,07 €
· Reparatur der Drehleiter der Feuerwehr	15.940,00 €
· Vergabe von Ingenieurleisten beim Ausbau der Friedrich-Wilhelm-Straße, 3. Bauabschnitt	<u>25.525,50 €</u>
Gesamtsumme	426.634,39 €

Besten Dank.“

Keine Wortmeldungen.

72. RESOLUTION: FÜR FREIHEIT UND TOLERANZ - 11 -

Stv.-V. Montag:

„Ich trage Ihnen diesen Antrag vor, weil wir in einem interfraktionellen Gespräch beschlossen haben, dass ich ihn einbringen soll, weil ich ihn auch mit unterschreibe. Das gilt auch für die Fraktionsvorsitzenden, das ist aber im Vorfeld bereits abgesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anschläge in Paris und die außergewöhnlich große Anteilnahme weltweit haben gezeigt, dass es sich bei dem Terror nicht um eine innerfranzösische Herausforderung handelt. Das Attentat Charlie Hebdo und die Geiselnahme und Morde im Hyper Cacher hat auch bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt Bestürzung und Trauer hervorgerufen. Be-

sonders betroffen fühlen wir uns auch, weil diese Verbrechen so unmittelbar an der Stadtgrenze von St.-Mandè stattfanden, wo unsere langjährigen Freunde wohnen. Daher bestand im interfraktionellen Gespräch am 28.01.2015 Einigkeit darüber, analog dem Verfahren anderer Kommunen den Vorschlag des Hessischen Städte- und Gemeindebundes hinsichtlich Verabschiedung einer Resolution aufzugreifen. Auch mit einigem zeitlichen Abstand zu den schrecklichen Ereignissen in Frankreich ist zu jeder Zeit ein Bekenntnis zur Verfassung, dem Rechtsstaat und der Menschlichkeit sinnvoll. Folglich möge die Stadtverordnetenversammlung den anhängenden Resolutionstext beschließen. Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege stimmt der Resolution für Freiheit und Toleranz zu. Ich lese Ihnen jetzt den Text der Resolution ebenfalls vor.“

Stv.-V. Montag trägt den Text der Resolution für Freiheit und Toleranz vor.

Stv.-V. Montag:

„Diese Resolution soll dann unterschrieben werden von den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionsvorsitzenden.

Ich möchte aber noch einige Worte von mir dazu sagen.

Ich habe den von Ihnen vor Ihnen liegenden Antrag einer Resolution für Freiheit und Toleranz eingebracht und möchte Ihnen auch meine Ansicht als Stadtverordnetenvorsteher, der diese Resolution mit unterschreibt, erklären.

Ich identifiziere mich sehr mit dieser Resolution und würde mich freuen, wenn Sie mir noch einmal kurz zuhören würden, bevor Sie bei weiteren Wortmeldungen und dann zur Abstimmung kommen.

Die Anschläge auf die Redaktion von Charlie Hebdo in Paris und dem koscheren Lebensmittelmarkt in unmittelbarer Nähe, nur über die Straße von unserer Partnerstadt Saint-Mandé entfernt und die weiteren Verbrechen in diesem Zusammenhang war ein Angriff auf uns alle, und wir sind zeitlich schon nicht weit davon entfernt, wenn man nur an die Frankfurter Verhaftungen der letzten Tage denkt. Dieser terroristische Angriff in Paris war ein Angriff auf uns alle, alle, die wir anderen Glaubens, anderer Meinung sind. Es war ein Anschlag auf das freie Wort. Ein Anschlag auf die Presse und Meinungsfreiheit, auf die Toleranz und den gegenseitigen Respekt. Deshalb müssen wir alle, uns alle, unabhängig von unseren Einstellungen, unseren Überzeugungen und unserem Glauben nach außen hin sichtbar gegen solche Verbrechen und solche Verbrecher stellen, wovon diese Resolution zeugen soll. Auch dürfen wir unsere Grundeinstellung und unsere demokratischen Werte nicht aufgeben. Im Gegenteil, wir müssen für all diese Werte immer wieder aufs Neue kämpfen und sie auch, wie hier in der Stadtverordnetenversammlung, vorleben. Wir dürfen uns nicht von Fanatikern vorschreiben lassen, was wir zu denken oder wie wir zu reden, zu lieben, zu filmen oder zu zeichnen haben. Das verbrecherische Handeln von Terroristen darf unsere demokratische Gesellschaft nicht angreifen oder gar zerstören. Auch darf nicht passieren, dass Islam und Islamismus gleichgesetzt werden, wie dies bereits Menschen in unserem Land tun. Ich respektiere den Islam, nicht aber die Terroristen, die in seinem Namen verbrecherische Taten begehen. Sie versuchen, in verbrecherischer Weise Menschen gegeneinander aufzuwiegeln, schüren Ängste und betreiben Hetze allein ihrer verworrenen Überzeugung wegen oder welchen anderen Gründen auch immer. Aber auch ihnen dürfen und wollen wir nur mit unseren demokratischen Mitteln entgegentreten. Wir werden uns aber auch darauf einstellen müssen, dass Sicherheitsmaßnahmen eingerichtet werden müssen, die uns helfen, fehlgeleitete Terroristen zu erkennen, um ihrer habhaft zu werden. Das darf aber nicht nur soweit gehen, dass unsere Freiheiten der Demokratie nicht verlorengehen, denn dann hätten diese Terroristen ihr Ziel erreicht. Dazu darf es niemals kommen. Vielen Dank.“

Stv. Arifi:

„Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei allen kulturellen Verschiedenheiten verbindet uns das Bekenntnis zu Rechtsstaat und Menschlichkeit. Das ist das Fundament unserer Gesellschaft, in der wir alle friedlich miteinander leben können und wollen. Mit unserer Resolution wollen wir ein Zeichen setzen und deutlich machen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrem Umfeld für Toleranz, Meinungsfreiheit und gegen Gewalt und Hass aussprechen.

Es ist ganz wichtig, dass auch von Eschwege das Signal ausgeht, dass wir für Meinungsfreiheit, Demokratie und Toleranz sind. Dankeschön.“

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Ich habe kein Problem damit, diese Resolution zu unterschreiben, absolut nicht. Ich möchte aber trotzdem daran erinnern, dass wir auch in Deutschland genug Beispiele haben, wo Politiker, deutsche Politiker versucht haben, die Pressefreiheit einzuschränken, mit Anrufen bei der Presse, bestimmte Berichte bitte nicht zu geben. Ich erinnere an ein Satireblatt Deutschland „Titanic“, das kennt jeder von uns. Vor zwei oder drei Jahren gab es eine Titanic-Ausgabe, da ging es um Vatilycs, Probleme im Vatikan, ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen das Blättchen gelesen hat. Die undichte Stelle ist gefunden. Die Kirche hat solange Druck gemacht, auf diese Redaktion, bis das Bild geändert worden ist. Also, ich habe kein Problem damit, das zu unterzeichnen, aber bitteschön, wir müssen auch daran denken, auch in Deutschland ist die Pressefreiheit nicht immer unbedingt vorhanden, sondern man versucht sie teilweise auszuhöhlen. Bitte daran denken. Danke.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Dietrich. Genau das ist auch damit gemeint, würde ich sagen, auch wenn es nicht explizit angesprochen wurde.“

Stv. Gassmann:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Die Stadt hat im Namen aller Bürgerinnen und Bürger gleich nach den Anschlägen von Paris unseren Freunden in Saint-Mandé das tiefe Mitgefühl übermittelt. Dem schließen wir uns im vollen Umfang an und uneingeschränkt.

Was den Text der vorliegenden Resolution angeht, kann ich in allen wesentlichen Teilen zustimmen. Dennoch gibt es zwei Aspekte, die ich zum Ausdruck bringen möchte.

1. Die Morde an den Journalisten sind grauenvoll und Zeichen heilloser, geistiger Verwirrung. Wer immer die Täter waren, es waren Verrückte. Fernab von ihrer Religion. Der Tod der Journalisten und Zeichner ist auch eine zivilisatorische Katastrophe. Gewalt und Terror sind zu ächten, egal, von wem sie ausgehen. Aber wir sollten uns hüten, in Selbstgefälligkeit zu verfallen und uns in der Gewissheit wiegen, dass wir die Guten sind, die mit den Gründen und Ursachen dieser Katastrophe nichts zu tun hätten. Wir feiern die westlichen freiheitlichen, demokratischen Werte. Gleichzeitig aber wird im Namen von Freiheit und Demokratie weltweit gemordet und gefoltert. Diese Staatschefs, viele Staatschefs, die das Banner der Freiheit und Gerechtigkeit bei öffentlichen Anlässen hochhalten, treten diese Werte im Politikalltag mit Füßen. Auch heute noch werden, nur wenige Flugstunden entfernt, täglich viele Menschen von Kugeln, Granaten, Bomben und Drohnen zerfetzt. Andere verhungern, sterben auf der Flucht oder ertrinken im Mittelmeer. Auch das ist eine Sache, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

2. Ich möchte aus einem Wort zum Sonntag zitieren des Pfarrers der Auferstehungskirche Eschwege. Das Zitat beginnt: „Wie weit kann die Identifikation mit der Zeitschrift Charlie Hebdo gehen? Unbestritten, Satire darf alles, aber ist alles, was erlaubt ist, auch wirklich geboten? Für mich zumindest gibt es auch innerhalb des Zulässigen Grenzen. Aber wie kann ich auf das Recht für Meinungsfreiheit eintreten, bei gleichzeitiger Distanz zu den Inhalten einiger Beiträge? Im Wort zum Sonntag zitierte Pfarrerin Annette Behnken den französischen Aufklärer Voltaire. Ich lehne ab, was Sie sagen, aber ich werde Ihr Recht verteidigen, es zu sagen. Und sie aktualisiert: „Ich lehne ab, was Du zeichnest, aber ich werde Dein Recht verteidigen, es zu tun.“ Ich finde diese Einstellung klug, weil sie Freiheit respektiert und sich gleichzeitig die Freiheit nimmt, sich von geäußerten Inhalten zu distanzieren. Wenn ich mir die Freiheit nehme, mich von Aussagen abzugrenzen, die andere Menschen in Ihrem Empfinden verletzen, ist mein Freiheitsbegriff von einer Deutung des Apostels Paulus geprägt. Alles ist erlaubt, aber nicht alles dient zum Guten. Alles ist erlaubt, aber nicht alles baut auf. So kann ich bei gleichzeitiger Ablehnung islamistischen Terrors und trotz meines Mitgefühls mit den Angehörigen der

Opfer von Paris in Distanz zu der Verletzung religiöser Gefühle durch das französische Magazin sagen: Je ne suis pas, Charlie. Ich bin nicht Charlie. Ende des Zitats.
Diesen Worten schließe ich mich an. Dankeschön. Wir werden dieser Resolution trotz allem zustimmen. Dankeschön.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege stimmt der Resolution Für Freiheit und Toleranz zu.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Montag:

„Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

In Gedenken an die 13 Opfer von Charlie Hebdo und Paris bitte ich Sie um eine Schweigeminute und sich auf Ihren Plätzen schweigend zu verhalten. Unsere Gedanken gehen zu ihren Angehörigen und Freunden. Wir alle sind aufgefordert, unsere Demokratie zu schützen.“

Es folgt eine Schweigeminute.

**73. AUSTRITT DER STADT WANFRIED AUS DEM TOURISMUS-ZWECKVERBAND
ESCHWEGE-MEINHARD-WANFRIED
- 11/2/43/08 -**

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch das ein Thema, was die Gremien schon längere Zeit befasst, diverse Gremien und es ging ja auch durch die Presse. Die Stadt Wanfried hat aufgrund ihrer finanziellen Lage im Oktober 2014 einen Antrag gestellt auf Austritt aus dem Tourismus-Zweckverband Eschwege-Meinhard-Wanfried. Das wurde dann in der Vorstandssitzung des Verbandes im Dezember 2014 erörtert, und es wurde sich dann darüber verständigt, dass der Austritt der Stadt Wanfried analog des Austrittes der Gemeinde Meißner aus dem Jahre 2009 behandelt werden soll. Dies wurde dann in der Verbandsversammlungs-Sitzung am 15.01.2015 erneut erörtert und ich kann hier auf das Protokoll verweisen, was Sie in Ihren Unterlagen haben. Anschließend hat sich auch der Magistrat am 23.02.2015 mit dem Thema befasst und dem Austritt zugestimmt oder hat zustimmen müssen und dann auch den entsprechenden Vorschlag an den Hauptausschuss überwiesen. Auch dort wurde das Ganze inhaltlich beraten. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Wanfried hier die finanziellen Gründe anführt, um aus dem Verband auszutreten. Allgemein heißt es ja häufig, Reisende möge man nicht aufhalten, und vor dem Hintergrund der in dieser Sache schon vielfach geführten Diskussionen empfehlen wir Ihnen dann auch unter den Ihnen hier vorgelegten Modalitäten, der Vertrag orientiert sich genau an dem, wie es auch mit der Gemeinde Meißner war, dem zuzustimmen. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag (als Vorsitzender des Hauptausschusses):

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. Es folgt jetzt von mir vorgetragen, weil ich auch Vorsitzender des Hauptausschusses bin, der Bericht aus dem Hauptausschuss.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Hauptausschuss-Sitzung vom 04.03.2015 beraten, aus dem ich nun berichte.

An dieser Sitzung nahm auch die Geschäftsführerin des Tourismus-Zweckverbandes teil, die ausführlich über den jetzigen Stand des Tourismus-Zweckverbandes in einer Power-Point-Präsentation berichtete und uns diesen erläuterte. Allen Ausschuss-Mitgliedern war klar, dass an dem Austritt der Stadt Wanfried kein Weg vorbeiführen würde. Die Stadt Wanfried hält 13 % der Anteile des Tourismus-Zweckverbandes und trägt einen Beitrag von jährlich 37.000 Euro. Diese 37.000 Euro werden für das Jahr 2015 noch von Wanfried entrichtet. Der Austritt soll zum 31.12.2015 erfolgen und rechts-wirksam werden. 2016 zahlt die Stadt Wanfried dann noch eine Abstandszahlung in Höhe von 30.000 Euro. Übrig geblieben, meine Damen und Herren, sind dann nur noch die Kreisstadt Eschwege und die Gemeinde Meinhard. Das bedeutet aber auch, dass eine Fortsetzung des Tourismus-Zweckverbandes nach Ansicht von Teilen des Ausschusses nach 2016 in den Sternen steht. Der Austritt von Wanfried wurde intensiv diskutiert. Dabei wurde auch von verschiedenen Ausschuss-Mitgliedern die Ansicht vertreten, dass der Austritt Wanfrieds den Auflagen des Schutzschilds und somit politisch durch die harten Auflagen aus Wiesbaden herbeigeführt wurde und somit unter dem Druck aus Wiesbaden auf die Kommunen besonders im hiesigen ländlichen Raum bewährte Strukturen zerschlagen werden. Auch wurde angemerkt, dass möglicherweise unser strategisches Ziel Tourismus in eine gefährliche Schieflage geraten könne. Kritisiert wurde auch, dass seitens des Vorstandes des Tourismus-Zweckverbandes keine Alternativen ausgelotet wurden, wie z. B. Synergieeffekte durch eine Kooperation des Tourismus-Zweckverbandes mit der Tourismus-Marketinggesellschaft, es wurde heute in der Werra-Rundschau darüber berichtet und dem Naturpark Meißner Kaufunger Wald. Immer wieder wurde betont, dass für Wanfried die gleichen Regeln und die gleiche Summe wie für die Gemeinde Meißner gelten sollen. Hier wurde aus dem Ausschuss angemerkt, dass es ja zwischen 2009 dem Austritt der Gemeinde Meißner und dem jetzigen Austrittsantrag im Jahr 2015 der Stadt Wanfried inzwischen auch die Kosten gestiegen seien. Nach Ansicht des Ersten Stadtrates soll das strategische Ziel Tourismus beibehalten werden. Die Kreisstadt Eschwege wird weiterhin in die Touristische Infrastruktur investieren. Bürgermeister Alexander Heppel erklärte, dass auch an eine Einführung einer Übernachtungspauschale gedacht worden sei. Diese solle Kosten auffangen. Dies sei jedoch aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen nicht möglich. Dies hätte aber auch nach Ansicht mehrerer Ausschussmitglieder am Austrittsbegehren der Stadt Wanfried wohl nichts geändert. Der Hauptausschuss der Kreisstadt Eschwege bedauert das Austrittsbegehren der Stadt Wanfried, die trotz aller immer wieder betonten sehr guten Zusammenarbeit insbesondere mit unserer Tourist-Info diesen Weg gehen muss. Soweit mein Bericht aus dem Hauptausschuss. Der Hauptausschuss empfiehlt Ihnen, bei 4 Ja- und 3 Stimmenthaltungen, der Vereinbarung zuzustimmen. Soweit, wie gesagt, mein Bericht.“

Stv. Knapp-Lohkemper:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Die Stadt Wanfried hat im Oktober 2014 den Antrag auf nächstmöglichen Austritt aus dem Tourismus-Zweckverband Eschwege-Meinhard-Wanfried, welcher in der Verbandsversammlungssitzung am 15.01.2015 beraten wurde, gestellt. Die Wanfrieder Stadtverordnetenversammlung stimmte einstimmig mit nur einer Stimmenthaltung der vorangegangenen Beschlussfassung zum Austritt aus dem Tourismus-Zweckverband zu. Die Stadt Wanfried begründet diesen Schritt ausschließlich aus finanzieller Notwendigkeit. Natürlich haben wir großes Verständnis für finanzielle Zwänge, die offensichtlich zu dieser Entscheidung geführt haben. Allerdings stellt sich hier die Frage, ob es nicht ein Sparen an der falschen Stelle ist. Jedoch bedauern wir es sehr, dass der Tourismus-Zweckverband mit dem Austritt Wanfrieds einen guten zuverlässigen Partner verliert. Gleichwohl respektieren wir die Entscheidung der Wanfrieder Stadtverordnetenversammlung und stimmen dem Antrag zu.“

Stv. Fiegenbaum:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, ich bin ein bisschen heiser, ich bitte das zu entschuldigen, aber Lehrer haben manchmal solche Stimmen, wenn sie, gerade bei den momenta-

nen Wetterverhältnissen, dann eben auch ihre Schüler reglementieren müssen. Je nachdem, wie das nötig ist. Aber mit einer gewissen Strenge ist das immer nötig. Also, meine Fraktion hat keine einheitliche Meinung zur anstehenden Entscheidung, und ich persönlich werde mich, genauso wie im Ausschuss, auch enthalten. Aus der Zeitung am Mittwoch, wie der Stadtverordnetenvorsteher gerade schon sagte, weiß ich nun, welche weiteren Entwicklungen im regionalen Tourismus demnächst vorgedacht sind, von wem auch immer. Heute geht es jedoch um eine konkrete dezentrale Entscheidung, die den klammen Haushalten der kleinen Schutzschirmkommunen geschuldet ist. So wird eine Struktur aufgelöst, die sich in den Jahren als sinnvoll und gewollt herausgestellt hat, unserer Region in vieler Hinsicht nützlich war, bei der Abstimmung konkreter Ziele im Tourismus, bei der Diskussion über Probleme, insbesondere aber auch für die Weiterentwicklung des Tourismus. Das sind meine Gründe, weshalb ich mich enthalten werden.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich drücke das für die SPD-Fraktion mal so aus, wir werden uns einem Austritt Wanfrieds aus dem Zweckverband nicht entgegenstellen. Glücklicherweise sind wir damit nicht. Ich habe dazu eigentlich nur zwei Anmerkungen, das meiste ist ja auch schon gesagt worden. Zunächst mal die Anmerkung, mit dem Tourismus-Zweckverband wollten wir ja alle zusammen was. Die Stadt Wanfried, Meinhard und Eschwege wollten zusammen den Tourismus voranbringen und das Kernstück Werratalsee letztlich auch ein Stück voranbringen. Wir wollten die Übernachtungszahlen hochschrauben, und nun hat das eine gewisse Dramatik sozusagen, das unter dem Schutzschirm und ich denke mal, ich zeige da auch ganz bewusst mit dem Finger auf die Landesregierung, ich drücke das manchmal so aus, das ist fast gewollt hier in Nordhessen, unsere Strukturen ein Stück weit zu zerschlagen. Und so zerschlägt also die Landesregierung mit ihrem, ich drücke das bewusst so hart aus, mit dem Schutzschirm gewachsene Strukturen, wo wir hier in Nordhessen zusammengedrückt sind und tatsächlich etwas bewegen wollten. Das ist nicht gut, so kann es auch nicht weitergehen. Dem müssen wir uns natürlich auch ein Stück weit irgendwo entgegenstellen. Das ist die erste Anmerkung. Die zweite Anmerkung, die ich dazu habe, so ein Stück weit ist das natürlich bei uns eben auch schon angeklungen, bei Herrn Fiegenbaum, in unserer Fraktion auch kontrovers diskutiert worden, Herr Montag hat es, glaube ich, auch schon so ein bisschen aus der Verbandsverbandsversammlung anklingen lassen und aus dem Ausschuss auch anklingen lassen. So ein bisschen ist es natürlich auch unsolidarisch, das heißt, man hätte, wenn man denn die Sache, den Tourismus im Werabecken weiter zu entwickeln, in den Mittelpunkt stellt, natürlich auch mit Wanfried zusammen einen Weg suchen müssen, sozusagen dem Tourismus vielleicht andere Strukturen zu schaffen, bevor man die alten sozusagen abbricht, neue Strukturen zu schaffen, neue Wege zu suchen, dem entzieht sich Wanfried da auch offensichtlich ein Stück. Deshalb sind wir da so ein bisschen unzufrieden mit, aber wie gesagt, Reisende soll man nicht aufhalten, es hat nun auch, denke ich, keinen Zweck, wenn Wanfried nicht mehr mitmachen will, sie zu zwingen, weiter im Zweckverband zu bleiben. Also insofern, wie gesagt, habe ich eingangs ja schon gesagt, werden wir uns da nicht entgegenstellen, aber wir haben aufgrund der kontroversen Diskussion auch bei uns in der Fraktion die Abstimmung freigegeben und da werden wir sehen, was passiert. Danke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der vorgelegten Vereinbarung zu.

Mit 20 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen beschlossen.

74. ANTRAG DER SPD- UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-STV.-FRATKION BETR. UMBENENNUNG DER STRASSEN DR. BEUERMANN-STRASSE UND FRITZ-NEUENROTH-WEG

**BESCHLUSS NR. 84 DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG VOM 11.12.2008
- ZULETZT ERÖRTERT IM HAUPTAUSSCHUSS AM 13.06.2013, 15.07.2014 UND
27.11.2014
HIER: UMBENENNUNG DES FRITZ-NEUENROTH-WEGES
- 11/13/41 -**

Stv. Fiegenbaum:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Ich mache es kurz. Ein Name muss her, soweit waren wir schon und welcher Name es nun wird, sollten wir schnellstens beschließen. Unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen warten darauf jetzt im Grunde schon bald 7 Jahre. Eine märchenhaft lange Zeit, wenn man mal die Sieben nimmt, die ja doch im Märchen auch öfter vorkommt. Man muss sich halt fragen, warum das gerade auch jetzt die Sieben ist. Jardin de Saint-Mandé, in der interfraktionellen Runde waren wir uns da schon fast einig. Und ich fahre seit über 20 Jahren regelmäßig nach Frankreich in den Urlaub, ich würde mich frankophil nennen, ich liebe Frankreich fast genauso, wie meine eigene Heimat. Ich liebe die Bretagne, ich liebe den Atlantik und ich denke auch an die Franzosen jetzt in diesem Moment, weil am 8. Mai jetzt auch ein Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges ist. Gleichzeitig ist der 8. Mai aber auch der Europatag. Immer schon. Ich komme von der holländischen Grenze gebürtig und wir haben diesen Tag immer schon als Jugendliche mit niederländischen Jugendlichen gemeinsam begangen. Ich finde es einfach gut, wenn in unserer Stadt so ein Name Saint Mandé, der Name Saint Mandé auftaucht und warum nicht an diesem Platz? Das ist meine persönliche Meinung. Das muss nicht sein, ich habe auch die Argumente einer Anwohnerin natürlich zur Kenntnis genommen, ich habe seinerzeit auch eigentlich schon recht früh ein Gespräch mit ihr geführt dazu und habe ihr gesagt, wenn ihr in eurem Team zusammensitzt, dann sprecht doch mal darüber, ob ihr vielleicht einen gemeinsamen Vorschlag habt, wie man den Fritz-Neuenroth-Weg vielleicht anders nennen könnte. Das ist jetzt nicht offiziell vom Magistrat ausgegangen oder von der Verwaltung, sondern das war einfach so meine persönliche Idee, sie anzusprechen, ihr zu sagen, mach doch einfach mal einen Vorschlag. Jetzt habe ich ihren Brief gelesen, und der hat mich auch ein bisschen geärgert, muss ich sagen. Wenn wir mal nach Waldkappel schauen, da gibt es die Rue de Carre. Ein kleines Örtchen in der Bretagne, wunderschön, da war ich ganz oft, die machen das größte französische Festival in jedem Jahr, da ist das Open Flair winzig klein dagegen. Letztes Jahr war Neal Young da, vorletztes Jahr, Neal Young vor 90.000 Zuhörern und Zuschauern. Rue de Carre. Das können die Waldkappler Kinder auch irgendwann schreiben und sich auch irgendwann merken. Also, so ein bisschen hat mich das jetzt einfach gestört. Warum soll man Vorschulkindern nicht zutrauen, so einen französischen Namen zu lernen? Das finde ich auch einen Teil des Bildungsauftrages, den wir an die Kitas haben. Und wir erwarten doch von unseren Kitas, die jetzt wieder, wie ich finde, zu Recht auf der Straße im Streik sind und für mehr Geld streben, wir erwarten aber auch gleichzeitig eine Qualität dafür, denke ich mir. Es kann nicht einfach nur um 10 % mehr gehen, es muss unterm Strich auch um Qualität gehen, und das erlebe ich ja auch jeden Tag. Wie können wir diese Qualität sichern? Das ist personell schwierig in allen Kitas. Ich erlebe es jeden Tag. Bevor ich mich mit diesem Thema aber hier verirre, bleibe ich jetzt einfach auch noch bei unserer Namensgeschichte. „Jardin de Saint-Mandé“. Wir waren uns fast einig. Und uns Grünen gefiel was weiß ich auch irgendein einfacher Name wie „Am Schwanenteich“. Aber los, es müsste jetzt wirklich bald losgehen, dass wir zu einer Entscheidung kommen. Das steht jetzt einfach an und ich habe auch einfach gar keine Lust mehr, heute hier nochmal zu Fritz Neuenroth irgendwelche geschichtlichen Dinge zu erzählen. Auch wenn jetzt hier die gesamte Schulklasse mit dieser Erwartung vielleicht angetroffen wird heute Abend, es reicht mir eigentlich. Ich weiß jetzt genug über Fritz Neuenroth, wir wissen genug über Fritz Neuenroth, und damit kann jetzt einfach Schluss sein. Danke sehr. Also, Überweisung in den Ausschuss.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kollegen, lieber Kollege Fiegenbaum. In vielen Punkten stimme ich mit Ihnen überein, trotzdem glaube ich, dass man nochmal ein Wort zu Fritz Neuenroth hier auch verlieren muss. Es geht schließlich um die Grundsatzentscheidung, auch die höchste Ehre, die diese Stadt vergeben kann, nach dem Ehrenbürger, die Benennung einer Straße dann auch wieder ab-

zuerkennen. Ich glaube, unsere Sorgfaltspflicht erfordert es dann auch, dass wir darüber mal ein Stück nachdenken. Der Prozess, Sie haben es gerade ausgeführt, hat lange gedauert. Ich sage aber, das war auch gut so. Wir haben alle zusammen was gelernt. Wir haben angefangen, die Zeit bis 1945 aufzuarbeiten. Es wird in den nächsten Wochen, Charly, Du weißt bestimmt den Termin schon, wird das Gutachten in Form eines Buches vorgestellt, dann kriegen wir wesentlich mehr Licht auf diesen dunklen Punkt unserer Geschichte, auch der Geschichte unserer Stadt und ich habe gerade gesagt, wir haben was gelernt, ich glaube, wir haben noch was gelernt. Wir müssen nicht nur die Zeit 1933 bis 1945 untersuchen lassen, viel spannender vielleicht auch, da wissen wir auch viel, aber viel spannender wird für uns auch so ein bisschen die Frage sein, wie war die Nachkriegszeit in Eschwege? Es ist ja schon ein bisschen skurril, dass es ja nicht nur zwei Straßennamen gibt, sondern auch andere Schuld auf sich geladen haben in dem Regime, und es dann geschafft haben, ihr Image im Nachkriegsdeutschland, in dem demokratischen Deutschland dann so zu transferieren, dass man ihm nachher höchste Ehre angehängt hat. Also das ist schon ein Thema, was mich auch interessiert, was ich auch heute nicht verstehen kann. Ich möchte das gern verstehen, wie konnte das kommen? Und ich glaube, das sollten wir dann genauso unaufgeregt, genauso ruhig und genauso sorgfältig machen, und ich weiß es nicht, ob wir es dieses Jahr noch schaffen, da gemeinsam auf einen Nenner zu kommen. Der Stadtverordnetenvorsteher und ich, wir sind uns da relativ einig, dass wir das machen müssen, aber das wäre so ein bisschen das, was ich mir, auch für meine Fraktion, wünschen würde, weil, wenn wir es nicht aufarbeiten, das bleibt immer ein wunder Punkt dieser Stadt und das muss nicht sein, da müssen wir ran. Zum Thema Fritz Neuenroth. Die Diskussion um diese Person treibt viele in der Stadt um. Ich bin vornehmlich von älteren Mitbürgern angesprochen worden, die sagen, guck doch mal, vor 20 Jahren habt ihr ein Lexikon rausgegeben, da steht drin, was das für ein toller Kerl war. Vielleicht war er es in der Nachkriegszeit auch, aber bis 1945 war er es definitiv nicht. Und mit Ihrer Erlaubnis, Herr Stadtverordnetenvorsteher, zitiere ich die HNA Witzenhausen, einen Artikel vom 05.09.2012. Da fordert Wolfgang Frey, ein Kollege von uns, das ist der ehemalige Stadtverordnetenvorsteher von Kassel, der war Schüler in Eschwege, ist 1937 hierher gezogen, besuchte erst die Bürgerknabenschule, das ist die heutige Humboldtschule, später die altehrwürdige FWS, wie ihr da hinten, und er schreibt in der Zeitung, Neuenroth kam in SA-Uniform in den Unterricht. Er unterrichtete Heimatkunde. Er hat jede Gelegenheit genutzt, unsere Kirche, Herr Frey ist katholisch, anzugreifen, sie lächerlich und verächtlich zu machen. Einmal, so berichtet er weiter, habe Neuenroth gesagt, jedes Kloster habe eine Glocke. Aber diese Glocken würden nicht geläutet, um die Gläubigen zum Gottesdienst oder Gebet zu rufen, sondern zum Fressen und Saufen. Einem Mitschüler, der Josef hieß, habe er, Neuenroth, gesagt, er solle zusehen, dass ihm seine Eltern einen anderen Namen geben sollten. Das war mir und meinen beiden katholischen Mitschülern ein Graus, berichtet Wolfgang Frey, heute 85 Jahre alt, wenn ich es richtig gerechnet habe. Meine Damen und Herren, ich stehe hier als gewählter Stadtverordneter der Kreisstadt Eschwege, aber ich stehe hier auch als ein Vertreter der Partei, die das „C“ im Namen hat. Wir leben christliche Werte. Am Fritz-Neuenroth-Weg ist ein christlicher, ein kirchlicher Kindergarten, am Fritz-Neuenroth-Weg ist eine Institution, die aus der Jugendbewegung hervorgeht, die Jugendherberge. Gerade ein Weg, eine Straße, die so sehr mit unserer Jugend verbunden ist. Darf die nach einem mehr als fragwürdigen Pädagogen benannt sein? Wir beantworten das mit einem klaren „Nein“. Und von daher heißt es dann auch für uns, Fritz Neuenroth ist keine Person, die zu ehren ist. Von diesem Namen wollen wir uns verabschieden. Jetzt kommt natürlich die Frage, was dann? Es gab ja die Idee, auch anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft mit Saint-Mandé diesen Namen aufzunehmen. Und wer da vorn spazieren geht, am Boulefeld, da steht ja schon ein original Pariser Straßenschild, ich sag jetzt mal Pariser Saint-Mandéer Straßenschild „Jardin de Saint-Mandé“, das ist für die Ecke der eingeführte Name und ich glaube, das wäre eine tolle Geste. Wir betrachten es mal andersrum. Wie würden wir Eschweger denn diskutieren, wenn auf einmal die Nachricht in der Zeitung stände: Saint-Mandé hat anlässlich der Freundschaft eine Straße umbenannt, die heißt jetzt „Eschweger Straße“. Also ich glaube, die Eschweger wären stolz wie Bolle und ich frage, können wir die Saint-Mandéer Freunde nicht auch stolz wie Bolle machen? Aber das muss nicht sein. Es mag da Alternativen geben, und deshalb glaube ich, ist es gut, wenn wir das im Hauptausschuss nochmal diskutieren und vielleicht, da wir ja auch da komplett transparent sind, wir müssen es zwar entscheiden, aber da wollen viele mitreden, kann ja der Stadtverordnetenvorsteher dann dazu mal eine Bürgerversammlung einberufen, das muss er eh jedes Jahr tun und dann können wir auch unsere Argumente nochmal vorbringen. Die will ich jetzt nicht nochmal alle runterrattern, da bin ich komplett bei Ihnen, Herr Fiegenbaum und ich denke, was die Kinder in Waldkappel können oder in Wanfried, in Sontra, das kriegen die Eschweger auch hin. Und es gibt ja nun die Diskussion, dass wir zuviel Englisch im

Deutschen hätten, aber die französischen Begriffe gibt es ja genauso viel im Konsumbereich wie beim Essen und das kriegt nun jeder auch gut hin und von daher denke ich, auch ein Jarde de Saint-Maindé könnte in Eschwege ein gute Variante sein. Machen wir einen Strich drunter, Fritz Neuenroth hängen wir ab und zwar, wenn wir im Hauptausschuss uns dann schlussendlich geeinigt haben, was Neues dahin soll. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

Stv. Strauß:

„Herr Vorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben ja heute nur einen Beschluss zu fassen, den Fritz-Neuenroth-Weg als Weg zu ändern und nicht über irgendwelche neuen Straßennamen zu diskutieren. Die Diskussion ist entfacht, aber eigentlich zu früh, denn wir beschließen ja heute erstmal nur den Fritz Neuenroth aus dem Straßenbild zu entfernen. Warum, weshalb? Ich möchte es doch nochmal kurz zurückentwickeln.

Als 1947 das Entnazifizierungsverfahren gegen Fritz Neuenroth NSDAP und SA-Mitglied vor der Eschweger Spruchkammer eröffnet wurde, wurden unter anderem, wie es damals üblich war, Anfragen zur Person bei den Parteien durchgeführt. Um etwas über die mögliche Belastung seiner angeklagten Person in der nationalsozialistischen Zeit zu erfahren. Meine Partei, die SPD, da lautete damals das Urteil zu Neuenroth: Er ist ein alter Nazi, ein fanatischer Judenfresser, ein Jugenderzieher, die Jugenderziehung in dem Sinne gelehrt. Der damalige CDU-Vorsitzende Stengel formulierte für seine Partei als Ergebnis: Neuenroth, Parteigenosse und ein Vergifter der Jugend erster Klasse. Er darf unter keinen Umständen wieder als Volkserzieher in Funktion treten. Die Kirche hat er von jeher bekämpft. Er ging so weit, dass er seine Jugend fragte, wer von ihnen noch betete. Diese ließ er dann auslachen und verunglimpfen und versuchte, sie umzustimmen. Neuenroth wurde schließlich von der Entnazifizierungskammer als Mitläufer eingestuft. Es sei hier darauf verwiesen, dass Mitläufer eine Schuldkategorie war. Die Nachkriegsgesellschaft dachte immer, das sei einem Freispruch gleichzustellen, aber es war Mitläufer. 1965 dann wurde er dann nach dem 2. Weltkrieg zum Konrektor der Knabenbürgerschule ernannt. Also, er ist aufgestiegen. Und Neuenroth wurde von der Stadt Eschwege mit dem Fritz-Neuenroth-Weg eine besondere Ehrung zuteil. Seit 2008 beschäftigt sich nun die Stadtverordnetenversammlung mit der Frage, ob Personen, die in den 50er- und 60er-Jahren von der Stadt Eschwege eine solche besondere Ehrung erfahren hatten, diese aufgrund ihrer Verstrickungen in das nationalsozialistische Regime wieder aberkannt werden sollte. Professor Speitkamp von der Uni Kassel, der von uns beauftragt wurde, die NS-Zeit Eschweges wissenschaftlich zu untersuchen, urteilte mit Bezug auf Neuenroth, dass dieser unter gar keinen Umständen eine solche besondere Ehrung, die in den öffentlichen Raum wirkt, behalten dürfe. Er begründete sein Urteil wie folgt: Die Befunde zu seiner Haltung sind eindeutig. Und es gibt bei ihm nie einen erkennbaren Zweifel, keine Toleranz gegenüber anders Denkenden. Nicht den Hauch einer Abweichung. Auch im Nachhinein finden sich nur Selbstgerechtigkeiten und keine erkennbaren Reflektionen. Die Indoktrination von Kindern und Jugendlichen im Sinne des verbrecherischen NS-Regimes, die Demütigung von Schülern jüdischen wie auch christlichen Glaubens und die Konsequenzen, die sich für die Erziehung daraus ergeben haben, lassen nur den Schluss zu, in ihm unter gar keinen Umständen ein Vorbild für unsere Gesellschaft zu sehen. Meine Damen und Herren, der Fritz-Neuenroth-Weg führt zur Jugendherberge und zum Kindergarten. Es ist aus allem Gesagten widersinnig, ihn als Vorbild der Gesellschaft zu sehen. Auch heutzutage sind bedauerlicherweise schon wieder zahlreiche rechte Aktivitäten in unserer Gesellschaft festzustellen. Um sie zu verhindern, dass sie sich ausbreiten können, bedarf es einer Grundhaltung, die sich mit dem Verhalten eines Fritz Neuenroth nicht vereinbaren lassen. Was soll uns also diese Straße und den Jugendlichen sagen? Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Die Parlamentarier in diesem Haus haben sich seit 2008 auf jeden Fall vielleicht sogar beispielhaft für eine Kleinstadt auf den Weg gemacht, die unsägliche NS-Vergangenheit oder Zeit in Eschwege aufzuarbeiten. Lassen Sie uns heute mit einem Beschluss zur prinzipiellen Umbenennung des Fritz-Neuenroth-Weges einen weiteren wichtigen Schritt vollziehen. Ich danke Ihnen.“

Stv. Hölzel:

„Meine Damen und Herren, zu diesem Punkt können wir es kurz machen. Der Antrag lautet von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wir halten an dem Antrag fest und stellen ihn gleichzeitig neu, die Um-

benennung des Fritz-Neuenroth-Weges ist zu diskutieren bzw. an dem festzuhalten. Die Ausführungen von dem Kollegen Schneider und von Frau Strauß muss ich nicht auch nochmal ergänzen, sie teilen unsere Meinung. Insofern sind wir auch der Meinung, dass der Fritz-Neuenroth-Weg umbenannt werden soll und muss. Der Diskussion um den zukünftigen Namen möchte ich auch nicht in einem interfraktionellen Gespräch, sondern tatsächlich im Hauptausschuss mit beiwohnen und dass er dort geführt wird. Die Statements oder die Bitten von Anrainern in diesem Weg, sind uns zugegangen. Sie sind durchaus zu diskutieren und mit in unsere Entscheidung einzuarbeiten. Dafür danke ich, für diese beiden Statements dieser Anrainer, sie sind meines Erachtens hilfreich. Ich freue mich auf die Diskussion im Hauptausschuss. Wir werden dem Antrag auf Umbenennung aus den eben von Ihnen genannten Gründen und von uns geteilten Gründen teilen und dem zustimmen. Danke Ihnen.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Hölzel. Vielleicht noch, Herr Hölzel erwähnte einen Namen. Ich hatte da einen Brief, den der Bürgermeister erhalten hatte, rumgehen lassen. Das ist der Herbergsvater der Jugendherberge. Er hatte sich zu Wort gemeldet, und ich hatte den Brief aber allen Stadtverordneten auch zugemailt. Jetzt hat sich Herr Gassmann zu Wort gemeldet.“

Stv. Gassmann:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Zuhörer, liebe Genossen, Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mich nicht erinnern, wann ich das letzte Mal Ihnen, Herr Schneider, Applaus gespendet habe, aber ich habe gesehen, Sie waren sichtlich erschrocken, als der Applaus von der linken Seite kam. Sie sind richtig zusammengezuckt, ich habe es gemerkt. Aber gut, ich komme da gleich nochmal drauf zurück. Eschwege kann stolz darauf sein, was in Eschwege in den letzten Jahren geleistet worden ist an Aufklärungsarbeit. Eschwege kann wirklich stolz darauf sein. 70 Jahre nach Kriegsende endlich mal dazu zu kommen und hier Aufarbeitung zu leisten. Ich bin 59 Jahre, das hätte viel früher kommen müssen. Ich habe in diesen letzten Jahren so viele Dinge erfahren, das sage ich gerade in Richtung der jungen Leute, ich habe so viele Dinge erfahren, die mich so erschreckt haben, jeder Stolperstein ist ein Stein, wo ich richtig drüber wegstolpere, weil ich mir jedes Mal klarmache, Leute, Leute, Leute, das gab es bei uns in Eschwege. Als ich so alt war wie Sie, war ich wirklich der Meinung, Judenverfolgung gab es irgendwo in Deutschland, aber doch nicht in Eschwege. Und die Aufklärung, die wir jetzt hier geleistet haben, das hat mich heute, in meinem hohen Alter, erst dazu die Erkenntnis gebracht, dass es hier in Eschwege und auch in anderen Städten, Wanfried möchte ich hier insbesondere erwähnen, dass es hier eben nicht Friede, Freude, Eierkuchen war. Also, Eschwege kann stolz sein. Deswegen bin ich auch der Grünen Fraktion dankbar, denn wenn mich nicht alles täuscht, haben Sie diese ganze Diskussion angestoßen und kritisch begleitet und fördernd begleitet. Große Klasse, Dankeschön. Aber, und da gebe ich Herrn Schneider Recht, und das war der Moment, wo ich ihm Applaus gespendet habe, wir dürfen hier nicht aufhören. Wir dürfen nicht aufhören, was alles für Sachen passiert sind im Dritten Reich, wir sollten uns wirklich mal Gedanken machen, wie konnte es kommen, dass Leute, die sich schlimmer Taten schuldig gemacht haben, dass diese Leute in der Nachkriegszeit so leben konnten, als wäre nichts gewesen. Wie konnte es dazu kommen, dass die Leute sogar geehrt wurden mit Straßennamen oder anderen Dingen. Deswegen bin auch ich der Meinung, das möchte ich ausdrücklich unterstützen, dass wir hier nicht aufhören sollten, sondern wir sollten jetzt die Nachkriegsgeschichte als Folge auch aufarbeiten. Die Umbenennung des Fritz-Neuenroth-Weges ist vollkommen klar, vollkommen notwendig, und da sind wir uns ja auch alle einig. Ich will da auch nicht drüber eingehen, es ist sehr viel Gutes gesagt worden, fand ich gut. Wie der neue Name sein wird, sollten wir im Ausschuss beraten, in der Tat. Aber eine Sache liegt mir noch am Herzen. Ich erwarte von einer Verwaltung, von einem Magistrat und ich erwarte insbesondere vom Bürgermeister, dass er sich der Verantwortung bewusst ist und bei solchen Entscheidungen den Anliegern wenigstens Gehör gibt, damit die ihre Bedenken frühzeitig einbringen können, nicht hinterher. Ich war eigentlich davon ausgegangen, dass wir in dieser Stadtverordnetenversammlung schon über den neuen Namen beschließen können. Es wäre auch eine schöne Geste Saint-Mandé gegenüber gewesen. Schade, dass es so nicht gekommen ist. Ich hätte mir gewünscht, wenn die Verwaltung früher die Anrainer, die Anlieger in die

Sache eingebunden hätte, das verstehe ich unter Transparenz, das verstehe ich unter Bürgerbeteiligung. Dankeschön.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Montag:

„Dann möchte ich jetzt die Sitzung einmal unterbrechen, und zwar ist mir jetzt aufgefallen, das ist mir vorher auch nicht aufgefallen, muss ich ganz ehrlich sagen, was wir nun beschließen, ob wir die Ehrung von Fritz Neuenroth aufheben jetzt, zurücknehmen, diese Ehrung, dann ist die Straße im Moment ohne Namen und warten dann darauf, was im Hauptausschuss und in einer möglichen Bürgerversammlung entschieden wird, welcher Name nun folgen soll. Deswegen hatte ich dem Antragsteller eben schon mal ein Zeichen gegeben, dass ich sprechen würde, ich würde das aber gern mit den Fraktionsvorsitzenden auch mit dem Magistrat kurz besprechen. Gut, ich sehe Einverständnis dazu und unterbreche die Sitzung um 20:07 Uhr für wenige Minuten.“

Die Sitzung wird von 20:07 Uhr bis 20:15 Uhr unterbrochen.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache Ihnen jetzt folgenden Vorschlag zur Beschlussfassung:

1. Nach heutigen Erkenntnissen erfüllt der jetzige Namensgeber die Kriterien für eine solche Ehrung (Benennung einer Straße nach seinem Namen) nicht. Damit ist Fritz Neuenroth gemeint. Aus diesem Grunde ist ihm diese Ehre nach unserer heutigen Auffassung abzuerkennen.
2. Die Schilder Fritz-Neuenroth-Weg müssen aus formalen Gründen noch hängenbleiben, da es eine Postanschrift ist, da die im Navi ist für Busse, die die Jugendherberge anfahren. Es soll eine Hauptausschuss-Sitzung stattfinden vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung, die so öffentlich ist, dass alle Besucher Platz finden und dann die Sitzung unterbrochen wird, damit die Bürger zu Wort kommen können, um nicht extra noch eine Bürgerversammlung einberufen zu müssen, um das Thema Namensgebung dann zu besprechen, und dann können wir in der Juni-Sitzung, die noch stattfindet, die Umbenennung dann vollziehen.

Gibt es dagegen Einwände?“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Nach heutigen Erkenntnissen erfüllt der jetzige Namensgeber die Kriterien für die Ehrung nicht. Aus diesem Grunde ist ihm die Ehrung (Benennung einer Straße nach seinem Namen) abzuerkennen.
2. Die Schilder „Fritz-Neuenroth-Weg“ bleiben aus formalen Gründen zunächst hängen.
3. Es soll vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Sitzung des Hauptausschusses stattfinden.

Einstimmig beschlossen.

Vermerk:

Aufgrund der Zusatzarbeiten Kommunales Olympia und Bürgermeisterwahl wurde sich in der Sitzungsunterbrechung mehrheitlich darauf verständigt, über die Namensgebung in der Juli-Sitzung zu beschließen.

75. BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2012 DER KREISSTADT ESCHWEGE HIER: BERATUNG UND BESCHLUSSEMPFEHLUNG

- 2 -

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Ersten ergreifen die Flucht, von einem spannenden und wichtigen Thema zu einem ebenfalls sehr wichtigen aber vielleicht etwas spröder daherkommenden Thema.

Es geht um den Jahresabschluss 2012 der Kreisstadt Eschwege. Ein dickes Werk von über 200 Seiten, 220 Seiten. Da steckt sehr viel Arbeit drin von Seiten der Verwaltung, und da darf ich mich an der Stelle auch bei der Verwaltung auch ganz herzlich bedanken für die Arbeit, die da geleistet worden ist. Wir haben diesen Jahresabschluss 2012 fertiggestellt Ende Oktober des letzten Jahres und dann der Revision des Kreises, so, wie es sich gehört, zur Prüfung vorgelegt. Das umfangreiche Werk liegt jetzt Ihnen zur Beratung vor und zur Beschlussfassung vor und Sie müssen, das wissen Sie, laut HGO dann auch diesen geprüften Jahresabschluss beschließen und ich hoffe den Magistrat auch entlasten. Der entscheidende Punkt beim Jahresabschluss ist eigentlich dieser Punkt 7, meine Damen und Herren, das ist der Prüfvermerk der Revision und der Prüfvermerk der Revision ist da eindeutig. Er sagt, dass dieser Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Vermögens-, die Schulden-, die Ertrags- und die Finanzlage der Kreisstadt Eschwege richtig wiedergibt. Die Prüfung hat zu keinen Feststellungen geführt, die einer Entlastung des Magistrats entgegenstehen.

Ein paar wenige kurze, nackte Zahlen noch zum Jahresbericht selbst. In der Vermögensrechnung/Bilanz haben Sie entnehmen können, dass sich das gesamte Anlagevermögen der Kreisstadt Eschwege zum 31.12.2012 auf rund 157 Millionen Euro beläuft. In der Werra-Rundschau heute war da eine Zahl zuviel angegeben bzw. hat da ein Komma gefehlt. Ich hätte mich über ein so großes Vermögen auch gefreut, aber das kann natürlich mal passieren. Im letzten Jahr, und darum geht es eigentlich, waren es 154 Millionen Euro, das heißt, wir haben an der Stelle eine Zunahme unseres Vermögens um 3 Millionen Euro. Insbesondere beim Anlagevermögen, weil wir natürlich auch in diesem Jahr, in dem Jahr 2012, kräftig nochmal investiert haben, aber auch das Umlaufvermögen, wir haben es gestern noch mal im Finanzausschuss besprochen, ist angestiegen. Das bilanzierte Eigenkapital, meine Damen und Herren, beträgt nur rund 38,6 Millionen Euro. Damit hat sich das Eigenkapital um rund 3,2 Millionen Euro verringert. Das bedeutet, der Trend, der negative Trend der vergangenen Jahre, setzt sich an dieser Stelle fort, weil wir natürlich fortwährend in den letzten Jahren Jahresfehlbeträge gehabt haben und dann nimmt das Eigenkapital ab. Dennoch, unsere bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt noch 25 % und unser Wirtschaftsprüfer hat gestern nochmal gesagt: „Das ist doch noch ganz gut und ganz ordentlich.“ Deswegen zitiere ich das heute hier ganz gerne auch. Letztes Jahr waren es 3 % noch mehr, da weise ich auch nochmal drauf hin. Wir haben einen Jahresfehlbetrag von nur 1,5 Millionen Euro, meine Damen und Herren. Es ist uns im Haushaltsvollzug gelungen, tatsächlich diesen Fehlbetrag deutlich zu reduzieren. Wir sind mal von 2,6 Millionen Euro in der Planung von ausgegangen. Auch damit setzt sich der Trend in den letzten Jahren fort, dass die Jahresfehlbeträge doch deutlich geringer und kleiner geworden sind. Das Jahr 2013, aber da sprechen wir dann im nächsten Jahr drüber, bildet so eine Ausnahme. Ansonsten, von der Tendenz, befinden wir uns auf einem sehr guten Konsolidierungsweg und Konsolidierungspfad. Ergebnisverbesserungen insbesondere durch die Gewerbesteuer und durch die Mehreinnahmen dann auch bei der Spielapparatesteuer, aber wir haben auch bei den ordentlichen Aufwendungen sowohl bei den Sach- und Dienstleistungen, als auch bei den Personalaufwendungen schon einiges auch noch eingespart. Auch eine Zahl, auf die wir, glaube ich, ganz besonders stolz sein können, das ist tatsächlich der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Ver-

waltungstätigkeit mit über 500.000 Euro. Das heißt, wir konnten unseren Zahlungsverpflichtungen, die wir haben, tatsächlich mit unseren eigenen Einnahmen, die wir generieren, auch nachkommen, und damit setzt sich an der Stelle der wirklich positive Trend in den vergangenen Jahren fort, und die Entwicklung macht mich doch sehr hoffnungsfroh, dass wir tatsächlich auch unsere Ziele, was die Haushaltskonsolidierung anbelangt, erreichen werden. Damit will ich es auch bewenden an der Stelle. Ich bitte Sie, vorlagegemäß abzustimmen und dem Magistrat Entlastung zu erteilen. Ich gehe davon aus, dass der Herr Wenderoth jetzt aus dem Finanzausschuss von gestern noch berichten wird. Vielen Dank.“

Stv. Wenderoth (stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses):

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. In seiner gestrigen Sitzung hat sich der Finanzausschuss die Jahresrechnung 2012 der Kreisstadt Eschwege mit dem Schlussbericht der Revision des Werra-Meißner-Kreises vorgenommen. Herr Brill sagte es bereits, der Steuerprüfer, das ist ein Büro, was die Stadt Eschwege schon seit vielen Jahren unterstützt, bei der Prüfung der Jahresrechnungen, stand uns zunächst für Auskünfte zur Verfügung. Er hat den Abschluss anhand einer Reihe tabellarischer Zusammenstellungen erläutert. Neben der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung hat der Steuerprüfer die Kennzahlen, von denen Herr Brill eben auch einige genannt hat und die Ergebnisfaktoren aufgezeigt, jeweils im Vergleich 2012 zum Vorjahr 2011. Danach hat der Erste Stadtrat und Stadtkämmerer Brill dem Finanzausschuss dann die Jahresrechnung im Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre und der zu erwartenden Entwicklung der Folgejahre detailliert erläutert. Er ging dabei unter anderem auch auf Steuerquote, Zuwendungsquote, die Verschuldung, die Investitionen und die erwähnte Eigenkapitalquote, die als sehr ordentlich noch bezeichnet wurde, ein. Herr Brill hat eben in seinem Bericht schon viele der relevanten Zusammenhänge und Zahlen genannt. Ich erspare mir Ihnen und mir an dieser Stelle, da weitere Zahlen zu nennen. Im Ausschuss ergaben sich nach den ausführlichen Erläuterungen, die wir erhalten haben, auch keine weiteren Fragen. Die Schlussbemerkung des Prüfberichtes hat Herr Brill eben auch schon mal anklingen lassen. Ich wiederhole sie nochmal ganz kurz: „Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss 2012 mit seinen Anlagen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schuldens- und Finanzlage der Stadt. Die Prüfung führte zu keinen Feststellungen, die einer Entlastung entgegenstehen.“ Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen daher einstimmig, vorlagegemäß zu entscheiden und dem Magistrat Entlastung zu erteilen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher, wenn Sie gestatten, würde ich noch ein paar ganz kurze Anmerkungen für meine Fraktion machen.

Die Kreisstadt Eschwege hat ihr Rechnungswesen als eine der Ersten im Werra-Meißner-Kreis bereits zum 01.01.2007 auf die Doppik umgestellt. Die Kommunen sind bis 2009 verpflichtet gewesen, das komplett zu machen in Hessen. Dazu werden seither in Eschwege sowohl die Haushaltspläne als auch die Jahresrechnungen doppisch erstellt und geprüft. Wenn wir erst, und die Betonung liegt auf „erst“, jetzt über den geprüften Abschluss 2012 befinden müssen, dann mag das ein formaler Verstoß sein. Es gibt die Bestimmungen der §§ 112 HGO und der §§ 93 ff. der Gemeindehaushaltsverordnung, so werden die jedenfalls im Prüfungsbericht der Revision aufgeführt, danach soll ein Jahresabschluss einer Gemeinde, einer Kommune innerhalb von 4 Monaten nach Schluss des Haushaltsjahres aufgestellt werden. Das würde bedeuten, wir müssten jetzt im April den Jahresabschluss für 2014 auf den Tisch haben. Dass das allenfalls eine akademische Forderung ist, muss ich hier mal feststellen. Ich glaube nicht, dass diese Frist in irgendeiner Kommune des Landes Hessen eingehalten wird. Darauf würde ich fast ein Jahresgehalt verwetten. Wenn wir jetzt schon über den Jahresabschluss 2012 beraten und ich sage wirklich „jetzt schon“, dann sind wir deutlich weiter, als die meisten anderen Kommunen, auch die im Werra-Meißner-Kreis, die teilweise noch nicht einmal ihre Eröffnungsbilanzen beschlossen haben. Was wir noch bemerkenswert finden, ist, wenn die Revision die verspätete Vorlage des Haushaltes 2012, also nicht der Jahresrechnung, sondern des Haushaltes, der Grundlage war, bei der Kommunalaufsicht bemängelt. Diese sei einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorzulegen, so die Vorschrift, in der Tat, in der HGO. Die Stadtverordnetenversammlung, also Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben den Haushalt 2012 am 8. Dezember 2011 beschlossen, damit immer noch vor

Beginn des Haushaltsjahres 2012. Die Kommunalaufsicht hat die Vorlage am 4. Januar bekommen, dazwischen liegen noch so ein paar Tage, die wir normalerweise zu Hause verbringen, deswegen 4. Januar. Danach konnte die Stadt Eschwege allerdings ca. 16 Wochen lang nur eine so genannte vorläufige Haushaltsführung vornehmen, weil die Genehmigung der Aufsicht erst am 19. April 2012 erfolgte. Soviel mal zu Fristen und deren Einhaltung.

Hier könnte ich jetzt noch einiges ergänzen, aber was wirklich zählt, sind sicher nicht nur quantitative oder formale Aspekte, sondern es ist vielmehr die Qualität der Rechnungswerke. Und hier zeigt sich die erfolgreiche konsequente Entwicklung der Finanzen der Kreisstadt Eschwege unter ihrem Stadtkämmerer. Insbesondere auch die nachhaltige Wirkung der in den Haushaltssicherungskonzepten vereinbarten Maßnahmen. Einerseits eine konsequente Sparpolitik aber auch eine zielgerichtete Ausgabenpolitik, die darauf ausgerichtet ist, diesen Konsolidierungspfad einzuhalten. Die kontinuierliche Umstellung der Haushaltswirtschaft auf Produkte und die Ausrichtung an den strategischen Zielen der Stadt Eschwege schlägt sich dann auch in diesen Ergebnissen nieder, wie Sie dem umfangreichen Zahlenwerk der Jahresrechnung 2012 entnehmen können. Einzelne Zahlen will ich hier nicht mehr kommentieren, die Unterlagen hat jeder vorliegen. Es wird übrigens auch, wenn der Beschluss durch ist, veröffentlicht. Wenn es interessierte Bürgerinnen und Bürger gibt, nutzen Sie die Gelegenheit, gehen Sie ins Rathaus und schauen Sie da mal rein, vielleicht können Sie dann auch mal einen Eindruck gewinnen, wie so eine Jahresrechnung, wie so ein Prüfbericht aussieht, das Recht haben Sie dann dazu. Wenn der Abbaupfad, der Konsolidierungspfad des Haushaltes wie geplant eingehalten wird, werden wir für 2017, so hat es auch die Aufsicht gefordert, von einem ausgeglichenen Ergebnis der vielzitierten schwarzen Null vielleicht auch in Eschwege sprechen können.

Wir bedanken uns beim Ersten Stadtrat und Stadtkämmerer Reiner Brill und ausdrücklich auch bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches Finanzen für die sehr gute Arbeit. Selbstverständlich werden wir als SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen und Entlastung erteilen. Vielen Dank.“

Stv. Gassmann:

„Ja, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Sie haben es gehört, wir haben 157 Millionen Euro Vermögen. Sie müssen aber auch wissen, dass wir 120 Millionen Schulden und Sonderposten in der Bilanz stehen haben. Das dürfen wir nur mal der Klarheit halber nicht vergessen. Also, es ist nicht gar so rosig, wie es dargestellt wird. Zweitens, wir haben einen Fehlbetrag von 1,5 Millionen, das heißt, wir haben 1,5 Millionen mehr ausgegeben, als wir eingenommen haben. Auch das muss man sich einfach mal vergegenwärtigen. Auch wenn das Ergebnis besser ist, als ursprünglich geplant war. Auch wenn der Stadtkämmerer gute Arbeit geleistet hat. Trotz allem bleiben es 1,5 Millionen Euro, die wir mehr ausgegeben haben, als wir eingenommen haben. Und das, 1,5 Millionen, das, obwohl wir Steuern erhöht haben, wir haben Abgaben erhöht, wir haben Gebühren erhöht, und wir haben gekürzt auf Teufel komm raus. Wir haben Tafelsilber verscherbelt, wir haben Wohngebäude verscherbelt, und darüber müssen wir uns auch im Klaren sein. Und trotz dieser Anstrengungen 1,5 Millionen Fehlbetrag, ich bitte das nur einmal zu berücksichtigen. Aber selbstverständlich werden wir dem Antrag auch zustimmen. Danke.“

StK. Brill:

„Was vom Kollegen Gassmann gesagt worden ist, er weist darauf hin, dass wir nach wie vor ein Defizit von 1,5 Millionen Euro haben. Gleichzeitig fordert aber insbesondere Die Linke immer noch weitere Mehrausgaben. Wenn ich dann daran denke, ÖPNV, sollen wir den Stadtbus am Wochenende fahren lassen, die Gebühren in den Kindertageseinrichtungen sind zu hoch und so weiter und so fort. Wenn wir die Politik, die Sie vorschlagen, mittragen würden, würde das bedeuten, dass das Defizit deutlich höher wäre, als das, was wir jetzt erwirtschaftet haben. Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung, wir haben kein Tafelsilber verscherbelt, sondern wir haben sehr genau auch hingeguckt, im Immobilienbereich beispielsweise, welche Immobilien brauchen wir nicht mehr? Die für sagen wir mal wichtige Aufgaben, die die Kreisstadt Eschwege zu erledigen hat, nicht notwendig sind, und da haben wir ganz gezielt an der Stelle uns von auch Objekten getrennt, die auch unwirtschaftlich sind und das war, glaube ich, eine richtige Entscheidung, die wir da getroffen haben.

Und die dritte und letzte Bemerkung, trotz allem, trotz der schwierigen, finanziellen Situation und trotz der Tatsache, dass wir konsolidieren müssen, investieren wir weiter in die Zukunft dieser Stadt, in die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt, auch in die soziale und die kulturelle Infrastruktur dieser Stadt, auch in die Tourismusinfrastruktur dieser Stadt. Ich finde, wir machen hier alle gemeinsam einen guten Job und bringen diese Stadt voran und vor diesem Hintergrund weiß ich nicht, ob es unbedingt eben angemessen gewesen ist, so einen Wortbeitrag und auch vor allen Dingen so eine Wortwahl zu wählen. Vielen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2012 wird beschlossen und dem Magistrat wird Entlastung erteilt.

Einstimmig beschlossen.

76. BEDARFS- UND ENTWICKLUNGSPLAN DER FREIWILLIGEN FEUERWEHREN DER KREISSTADT ESCHWEGE (BEP)

- 3 -

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben, das will ich mal vorausschicken, auch in den vergangenen Jahren, so genannte „Bedarfs- und Entwicklungspläne“ für die Freiwilligen Feuerwehren aufgestellt, nur nicht in dieser Form, in dieser Stärke, sage ich jetzt mal und dieser Ausführlichkeit, weil es auch nicht entsprechende, ich sage mal Vorschriften, detaillierte Vorschriften gegeben hat, für den Aufbau und für die Gestaltung dieser Pläne und außerdem, und das ist auch ein Unterschied zu dem jetzigen Bedarfs- und Entwicklungsplan und den Vorgaben, war das damals alles sozusagen als Richtwerte zu verstehen. Das hat sich jetzt deutlich verändert. Es ist die Feuerwehrorganisationsverordnung im Januar 2014 neu in Kraft getreten und damit gibt es jetzt klare Vorgaben bei der Aufstellung und bei dieser Abstimmung der Bedarfs- und Entwicklungspläne, die zu beachten sind, und die dann auch zu diesem doch etwas umfangreicheren Werk geführt haben. Ziel, und das ist eigentlich der entscheidende Punkt, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart dieser Bedarfs- und Entwicklungspläne ist natürlich die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr sicherzustellen, auf Dauer sicherzustellen und auf Dauer sicherzustellen heißt, dass die Bedarfs- und Entwicklungspläne auch regelhaft sozusagen veränderten Entwicklungen angepasst werden müssen, neu formuliert werden sollen sie, eigentlich nach 10 Jahren, es sei denn, es hat sich vorher was gravierendes geändert. Dieser Ihnen persönlich, bzw. den Fraktionen vorliegende Bedarfs- und Entwicklungsplan der gliedert sich auf in verschiedene Bereiche. Zunächst mal ist so eine Beschreibung der Kommune vorangestellt, mit der Einsatzstatistik für die Freiwilligen Feuerwehren von 2008 bis 2013. Dann schließt sich eine Erhebung des Personal- und des Ausbildungsstandes in der Kernstadt und in den Stadtteilen an. Dann kommt, ich sage immer, das ist sozusagen das Herzstück dieses Bedarfs- und Entwicklungsplanes, nämlich die Ermittlung des Gefährdungspotenzials und ein Soll-/Ist-Vergleich. Soll-/Ist-Vergleich zur personellen Stärke, zur Ausbildungssituation, zur Verfügbarkeit und auch zur Ausrüstung der Feuerwehr und dann ist für Sie, ist für uns, auch vor dem Hintergrund der Finanzen, von Wichtigkeit nochmal der Punkt 7, wo die Investitionsplanung ja bis zum Jahr 2037 fortgeschrieben ist. Was von ganz besonderer Bedeutung für den Plan ist und auch in der Vergangenheit gewesen ist, ist, dass die Regelhilfefrist eingehalten werden muss. Das schreibt das entsprechende Gesetz natürlich auch vor. Innerhalb von 10 Minuten, das wissen Sie, müssen die Feuerwehren nach der Alarmierung vor Ort Hilfe leisten bzw. wirksame Hilfe einleiten. Sie haben diesem Plan auch entnehmen können, dass diese Hilfefristen tatsächlich in der Kernstadt und in den Stadtteilen weitestgehend eingehalten werden können. Wir haben, ich sage jetzt mal, noch ein bisschen Entwicklungspotenzial, Luft nach oben, in Albungen und in Niddawitzhausen zumindest wochentags von 06:00 bis 18:00 Uhr, ansonsten

wird auch dort die Hilfefrist eingehalten. Insgesamt, meine Damen und Herren, und das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt und das entscheidende Resümee, zeigt dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan auch, dass unsere Feuerwehren sehr gut aufgestellt sind, sowohl was die fachliche Ausbildung, was den Qualifikationsstand anbelangt, als auch was die technische Ausstattung und die technische Infrastruktur insgesamt anbelangt. Und entscheidend ist, das ist hier ein Plan, entscheidend ist natürlich, dass das Ganze auch dann in der Realität funktioniert und das wissen Sie, das wissen wir, die im Gespräch mit den Feuerwehren sind, dass die Dinge tatsächlich auch sehr gut umgesetzt werden, weil wir engagierte und hochmotivierte Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden in der Kernstadt und in den Stadtteilen haben, die qualifiziert sind, die jeden Tag, 24 Stunden am Tag, bereitstehen, um den Einsatz zu leisten, wenn sie gefordert sind und das an 365 Tagen im Jahr. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn in der gesetzlichen Verpflichtung steht die Kommune, steht die Kreisstadt Eschwege und die Ehrenamtlichen sorgen dafür, dass wir diese gesetzlichen Verpflichtungen einhalten können, und dafür ein herzliches Dankeschön an die Freiwilligen Feuerwehren in der Kreisstadt Eschwege und die Ehrenamtlichen, die dort tätig sind. Unsere gemeinsame politische Aufgabe, meine Damen und Herren, muss es sein, und da herrscht ja auch Einigkeit, hier in diesem Gremium, dass wir weiterhin die Feuerwehren fördern und dabei auch, weil das ist auch ein Thema, das in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan angesprochen worden ist, nämlich sie dabei auch nochmal unterstützen, dass kontinuierlich Mitglieder auch neu zu gewinnen sind, egal, ob das im Kinder- und Jugendbereich ist, oder ob das bei der Einsatzabteilung ist. Das wird eine dauernde Aufgabe bleiben. Wir haben diesen Bedarfs- und Entwicklungsplan in der Verwaltung und der Stadtverordnetenvorsteher hat es eben schon angemerkt, natürlich in Zusammenarbeit mit unserem Stadtbrandinspektor, Herrn Lothar John, erarbeitet und, ich muss das ganz deutlich sagen, ohne sein fachliches Know How, was da eingeflossen ist, trotz sehr guter Vorarbeit auch in unserer Verwaltung hätten wir das so gar nicht leisten können. Der Plan ist mit dem Kreisbrandinspektor abgestimmt. Der Magistrat hat ihm zugestimmt am 06.10.2014 und im Finanzausschuss ist er auch beraten worden. Ich bitte Sie, vorlagegemäß zu beschließen. Vielen Dank.“

Stv. Wenderoth (stellv. Vorsitzender der Finanzausschusses):

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Den Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehren der Stadt Eschwege hat sich der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 10. März d. J. vorgenommen. Wie er besagt, es ist das erste Mal, dass ein solch detaillierter und zusammenfassender Plan erarbeitet und vorgelegt wurde, aufgestellt von Mitarbeitern der Verwaltung der Stadt Eschwege in ganz enger Zusammenarbeit mit dem Stadtbrandinspektor. Der Herr John hat auch an der Ausschuss-Sitzung teilgenommen und stand dort sach- und fachkundig zur Verfügung. Die gesetzliche Grundlage ist genannt worden. Das Hessische Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz. Diese Vorschrift existiert wohl schon länger, aber erst jetzt fordert das Land Hessen so konkret und so inhaltsbestimmt die konkrete Erstellung und Fortschreibung dieses Bedarfs- und Entwicklungsplans der Freiwilligen Feuerwehren und macht es insbesondere zur Grundlage weiterer finanzieller Förderungen. Hier setzte auch in der Finanzausschuss-Sitzung die Kritik des Stadtverordnetenvorstehers an, der sich nicht nur die Forderungen des Landes Hessens nach Aufstellung und Fortschreibung des Planes in detaillierter Form wünscht, sondern auch eine Beteiligung an den Kosten. Es ist ein sicher nicht unerheblicher Aufwand, der entstanden ist, um diese ganzen Dinge zusammenzutragen, und man hätte sich gewünscht, dass dort vielleicht in Form eines Zuschusses, wie auch immer, eine Kostenbeteiligung erfolgt. In der Diskussion im Ausschuss hat Herr John weitere Fragen beantwortet. So erfuhren wir, dass zum Beispiel die hohe Anzahl an Fehlalarmen, die im Bericht genannt ist, insbesondere durch Brandmeldeanlagen in stationären Einrichtungen oder Heimen verursacht ist, dass nicht alle Schulen in Eschwege über Brandmeldeanlagen verfügen, sondern nur Schulen neueren Baujahres, und der Anstieg der Hilfeleistungen im Jahr 2013 im Wesentlichen auf die Hochwassersituation in diesem Jahr zurückzuführen war. Bei der Aufzählung der Einsatzpläne in diesem Bericht habe ich zum Beispiel einige Objekte vermisst, die da drin nicht aufgeführt sind, z. B. das Schlossgebäude mit der Kreisverwaltung. Herr John teilte dazu mit, dass es keine Verpflichtung der jeweiligen Eigentümer, Betreiber oder Firmen gibt, diese Einsatzpläne bei der Feuerwehr vorzulegen, sondern dass es freiwillig ist. Wer das mag, kann das mit der Feuerwehr abstimmen, aber es gibt keine Verpflichtung dazu.

Der Ausschuss hat dann einstimmig empfohlen, vorlagegemäß zu entscheiden, auch hier würde ich gern noch eine ganz kurze Anmerkung anschließen, wenn ich darf, danke. Der in dieser Form erstmals erstellte und zugängliche Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehr zeigt sehr beeindruckend, was sich wirklich für ein Aufwand hinter dieser Aufgabe Freiwillige Feuerwehr verbirgt. Wenn man den Begriff „Feuerwehr“ hört, dann fällt einem vielleicht auch spontan das Zusammen ein mit Polizei und Rettungsdienst. Jeder setzt überall und jederzeit voraus, dass diese öffentlichen Hilfsdienste vorhanden sind und zu erreichen sind, die Nummern 110 und 112 kennt fast schon jedes Kind. Während aber Polizei und Rettungsdienst vollständig von staatlichen oder sozialen Institutionen vorgehalten werden, auch personell, insbesondere auch personell, kann die Feuerwehr in unserer Stadt wie auch in fast allen anderen Kommunen, nur mit Hilfe der vielen, vielen ehrenamtlichen Menschen, der Freiwilligen, die sie ja im Namen trägt, die sich dort engagieren, die Aufgaben überhaupt wahrnehmen. Es ist sehr beeindruckend zu sehen, wie viel Menschen sich hier freiwillig für unser Gemeinwohl einsetzen und was dort geleistet wird. Auch was die Führungspersonen, ich möchte hier auch den Herrn John nochmal nennen, im Bericht ist aufgeführt, dass es nicht weniger als insgesamt 11 Lehrgänge für Feuerwehrleute gibt, zum Beispiel, und unser Stadtbrandinspektor hat alle absolviert. Also, da habe ich den allergrößten Respekt. Viele seiner Kameradinnen und Kameraden haben da auch vieles gemacht, aber es ist unglaublich, wie viel Zeitaufwand, wie viel Energie und wie viel Engagement man da reinstecken muss, um sich so für das Gemeinwohl zu engagieren. Also, eine eindringlichste Erfahrung kann man natürlich selber machen, ich kann da aus einer persönlichen Erfahrung reden. Vor vielen Jahren ist meine Wohnung einem Brand zum Opfer gefallen, und nur der schnelle und umsichtige Einsatz unserer freiwilligen Feuerwehr hat geholfen, da Schlimmeres zu verhindern. Ich wünsche Ihnen nicht, dass Sie so eine Erfahrung machen, aber wenn man das mal gemacht hat, dann weiß man erst, was man an seiner Feuerwehr hat.

Abschließend möchte ich noch ein ganz großes Lob an die Nachwuchsförderung der Eschweger Feuerwehr loswerden. Ich kann das wenig beurteilen, ich war selber nie Feuerwehrmann und hatte nicht die Nähe zu diesen Dingen, aber ich habe eine Tochter, die geht seit einiger Zeit begeistert zu den Löschzweigen. Jetzt ist am kommenden Samstag zum Beispiel in Sontra der Kreiskinderfeuerwehrtag, zu der drücke ich der Eschweger Mannschaft schon jetzt die Daumen, wenn die da hinfahren. Wie gesagt, durch diese Beratung hier in öffentlicher Sitzung ergibt sich die Gelegenheit, allen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern ganz herzlich zu danken, was ich hier sicherlich nicht nur für meine Fraktion sondern für alle Abgeordneten mache, und vielleicht kann man auch hier den Plan, wenn er beschlossen ist, er enthält meines Wissens keine Geheimnisse, auch auf der Internetseite der Stadt Eschwege veröffentlichen, so dass auch interessierte Bürgerinnen und Bürger dann jederzeit da mal reingucken können, was sich dahinter verbirgt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Stv.-V. Montag:

„Der letzte Satz ist dann für Tagesordnungspunkt 17 „Anregungen“. Soll an den Magistrat gehen.“

StK. Brill:

„Schon angekommen.“

Stv.-V. Montag:

„Eben, ich wollte es ja nur nochmal sagen, dass es auch im Protokoll ist.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen. Von meinen Vorrednern ist schon viel Wichtiges und Richtiges gesagt worden, und in der Tat, der Bedarf- und Entwicklungsplan ist ein umfassendes Werk und wir glauben es, wir wissen, dass bei der Erstellung nicht nur viel Manpower sondern auch viel Zeit erforderlich war, aber bei aller Kritik, ich muss für meine Fraktion sagen, wir sind

auch ganz froh, dass es ihn jetzt gibt. Denn es ist nämlich das erste Mal, ich bin jetzt seit 2001 Stadtverordneter, dass wir mal wirklich über einen extrem wichtigen Bereich unserer Stadt, der öffentlichen Daseinsvorsorge, mal einen kompletten Überblick haben. Und von daher finde ich dieses Werk richtig gut. Wir hatten am Montag in der Fraktionssitzung den Stadtbrandinspektor auch nochmal eingeladen. Wir haben das mit ihm auch nochmal alles durchdiskutiert. Wir haben über Ausstattung gesprochen, wir haben über Personal gesprochen und, das hat der Kollege Wenderoth ja auch schon gesagt, wir befinden uns auf einem guten Weg und der Herr John hat uns dann auch mal gezeigt, wann welche Ersatzbeschaffung ansteht. Das ist ja dann der Teil, wo wir uns dann im Haushalt drüber unterhalten müssen. Feuerwehrtechnik ist teuer, aber sie ist es natürlich auch wert, und wir legen natürlich auch Wert darauf, dass unsere Feuerwehren gut ausgestattet sind. Und Herr John hat uns auch darauf hingewiesen und gesagt, ein Feuerwehrauto, haben wir früher gesagt, hält 25 Jahre. Mit alter Technik hat das auch mal funktioniert, ob moderne Technik, wir wissen das alle, von den Handys, die gerade die Hälfte hier in der Hand hat oder von Fernsehern, ob die in 25 Jahren, ist in Feuerwehrautos jetzt auch drin, ob die in 25 Jahren noch so funktioniert, da kann man vielleicht dann auch Zweifel haben. Ich sage das nur, weil wir das im Auge behalten müssen. Aber warum brauchen wir eine gute Ausstattung? Liebe Kollegen, der wichtigste Teil der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr liegt, das wurde auch schon gesagt, in ehrenamtlichen Händen. Wir alle, die jetzt keine Feuerwehrleute sind, können ruhig schlafen, weil wir wissen, dass die Kameradinnen und Kameraden im Falle des Feuers bereit sind für uns, für die Eschweger, für die Dietemänner durchs Feuer zu gehen. Und ich glaube, da kann man gar nicht oft genug „Danke“ sagen. Und sie machen das freiwillig. Und freiwillig werden sie schlussendlich nur machen, unsere Feuerwehrleute, wenn es ihnen auch irgendwo, neben der Kameradschaft, irgendwo auch Spaß macht. Das gehört dazu. Und dazu gehört dann natürlich auch, dass wir dafür sorgen, dass die Ausstattung auch anständig ist, dass es Fortbildungsmöglichkeiten gibt, dass die Feuerwehrleute sich weiter entwickeln können und ich finde es gut, dass wir in dem Punkt, soweit ich mich zurückerinnern kann, die letzten Jahre nie einen Dissens hatten.

Lieber Lothar, deswegen an dieser Stelle, nimm bitte unseren Dank als CDU-Fraktion auch als Stadtverordnetenversammlung mit. Wir sind froh, dass es euch gibt, und der Freiwilligen Feuerwehr Eschwege zu Ehren beende ich meinen Redebeitrag mit eurem Leitspruch: Dem nächsten zur Wehr, Gott zur Ehr. Vielen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Feuerwehren der Kreisstadt Eschwege in der vorliegenden Fassung wird beschlossen.

Einstimmig beschlossen.

- 77. BEBAUUNGSPLAN NR. 41.5 „EINZELHANDELSREGELUNG GEWERBEGEBIET HESSENRING“
(ÄNDERUNG DER BEBAUUNGSPLÄNE 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 UND 137);
ERLASS EINER VERÄNDERUNGSSPERRE FÜR DIE FLURSTÜCKE 224/2, 225, 226
UND 227, FLUR 22 GEMARKUNG ESCHWEGE (EHMALIGER MÖBELMARKT)**

- 4 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es geht um den Hessenring. Sie wissen, wir haben schon vor einiger Zeit hier darüber gesprochen, dass es dort eine Bauvoranfrage gegeben hat auf dem Grundstück, wo sich jetzt die Brandruine eines Möbelmarktes befindet, dort einen Lebensmittelmarkt zu errichten. Das war für uns Planungsanlass, den Hessenring komplett neu zu überplanen. Wir kommen jetzt zu dem Punkt, wo die ausgesprochene Zurückstellung dieser

Bauvoranfrage auszulaufen droht im Juni und müssen deswegen gemäß § 16 Baugesetzbuch für den dort dargestellten Bereich eine Veränderungssperre erlassen. Wir müssen das deswegen machen, weil, wenn wir sämtliche Regelungen für den Hessenring treffen wollen, haben wir natürlich auch das Gespräch mit den Betrieben dort vor Ort gesucht und möchten gern im Vorfeld alle möglichen Bedenken quasi abräumen, dass wir die gleich mit in den Satzungstext mit einbauen können, um dann später im eigentlichen Bebauungsplan-Verfahren dann diese Beeinträchtigungen nicht mehr zu haben. Wichtig ist, dass wir auch die komplette Eschweger Liste dort mit einarbeiten wollen. Sie wissen, wir haben gemeinsam ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept beschlossen, was dem Schutz unserer Innenstadt dient. Diese Regelungen müssen dann auch in den neuen Bebauungsplan mit eingefügt werden. Deswegen bitten wir Sie darum, dieser Veränderungssperre entsprechend Ihre Zustimmung zu erteilen. Herzlichen Dank.“

Stv. Feiertag (Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses):

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. In der Tat, am vergangenen Dienstag, also vorgestern, war der Tagesordnungspunkt in der Diskussion im Bau- und Planungsausschuss. Der Sachverhalt ist ja eigentlich schon dargestellt worden. Wir haben einen Bebauungsplan, der sich, salopp ausgedrückt, in der Mache befindet, ist aber in einem Jahr nicht zum Abschluss gebracht worden, konnte nicht zum Abschluss gebracht werden, auch das hat Herr Heppe eben erklärt. Aufgrund, ist im Ausschuss auch nochmal besprochen worden, diverser Arbeiten, die da dran hängen, auch aufgrund diverser Krankheitsfälle und so weiter und so fort. Jetzt müssen wir eine Veränderungssperre verhängen, um keinen Wildwuchs auf der Fläche zuzulassen, denn nach Ablauf dieses einen Jahres, des offenen Bebauungsplanes, könnte dort theoretisch jeder machen, was er will, weil, die Stadt hat ja ein Jahr Zeit gehabt, einen Bebauungsplan aufzustellen, das ist nicht passiert, und dementsprechend könnte jetzt sozusagen dort jeder Bauherr loslegen und was machen, wenn wir diese Veränderungssperre nicht verhängen. Damit wir den Bebauungsplan zum Ende bringen können, zum guten Ende, so, wie wir uns das vorstellen, wie wir das wollen, muss jetzt also quasi dann diese Veränderungssperre verhängt werden. Das war kein strittiger Punkt. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage. Danke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Für die Flurstücke 224/2, 225, 226 und 227, alle Flur 22 Gemarkung Eschwege, wird die in der Anlage 1 dargestellte Veränderungssperre gem. § 16 Baugesetzbuch beschlossen.

Einstimmig beschlossen.

78. WIRTSCHAFTSPLAN DES BAUBETRIEBSHOFS FÜR DAS JAHR 2015 - BBH -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben hier einen Wirtschaftsplan des Baubetriebshofes zu beschließen. Das geben die Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes so vor. Zuvor ist das Ganze in der Betriebskommission, aber auch im Magistrat eingehend erörtert worden. Sie haben einen Wirtschaftsplan vor sich liegen, der in Einnahmen und Ausgaben von je 207.600 Euro ausgeglichen ist, von denen 176.000 Euro dann für Investitionen verwendet werden sollen. Das sind deutlich weniger Investitionen, als wir es in den Jahren zuvor getan haben. Warum ist das so? Es ist ein Wirtschaftsplan, der davon geprägt ist, dass in dem Vorjahr 2014 es ein sehr schwieriges Jahr für unseren Betrieb gegeben hat aufgrund der Wetterlage, zum Einen, es ist sozusagen ein

fast Totalausfall des Winterdienstes aufgrund des warmen Wetters entstanden. Das sind natürlich Einnahmen, die dem Betrieb fehlen. Hinzu kamen Zusatzarbeiten bei der Verlegung eines Baustofflagers und Umorganisationen im Bereich der Straßenunterhaltung, wo man auch ein wenig den Standard zurückgefahren hat. Das wiederum ergibt auf der anderen Seite der Medaille, rechte Tasche, linke Tasche, Einsparungen im Bereich des städtischen Haushaltes beim Tiefbau. Aber dieser Wirtschaftsplan ist sehr solide gerechnet. Es wurde auf Investitionen zum Teil verzichtet. Die wichtigen werden gemacht, andere Dinge werden auf die kommenden Jahre verschoben. Es sind Stelleneinsparungen auch darin enthalten. Zwei Stellen, die weniger sind. Aber es wird auch seitens der neuen Betriebsleitung dafür gesorgt, dass wir neue Erträge in dem Betrieb erwirtschaften können. Konzerninterne Beiträge, denn es ist gelungen im Prinzip, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken dort eine Kooperation einzugehen, die auch hier eine Auslastung von unserem Personal und den Maschinen künftig in Teilbereichen sicherstellen kann. Insgesamt zeigt dieser Wirtschaftsplan eine sehr solide Arbeit und eine gute und verlässliche Arbeit unserer Männer in orange, denen wir allezeit stets dankbar dafür sind, dass sie ihren Einsatz so gut fahren und ich bitte, diesen Dank des Magistrats dann auch weiterzugeben. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dann darf ich in Ihrer aller Namen den Frauen und Männern des Baubetriebshofes ein herzliches Dankeschön zurufen. Ihr gebt das natürlich weiter, hoffe ich jedenfalls. Für Eure Einsätze, das ist vorbildlich, die Stadt ist immer sauber, es gibt pünktliche Termine, na ja, manchmal klemmt es auch, aber das ist ja ganz normal in diesen Abläufen, da kommt was dazwischen, da kann man die Straße eben nicht mal sauber machen, dann gibt es Anrufe, dann werden mal die gelben Säcke nicht abgeholt, dann gibt es wieder Anrufe, aber das wird geregelt. Ich sage jedenfalls für die Stadtverordnetenversammlung recht herzlichen Dank an alle. Für das Dankeschön trinken wir den Schoppen dann am Johannisfest, wie es traditionell ist.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 5 Nr. 4 EigBGes den Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2015.

Einstimmig beschlossen.

**79. ANFRAGE DER PARTEI DIE LINKE BETR. AUSSTEHENDE STEUERANSPRÜCHE
- 2/11 -**

Stv.-V. Montag:

„Das Ganze bezieht sich auf unsere Geschäftsordnung § 15, dass ich, als Stadtverordnetenvorsteher, die Anfragen weiterzuleiten habe. Der Magistrat soll sie dann in schriftlicher oder mündlicher Form beantworten. Dem Antragsteller stehen dann noch Zusatzfragen, zwei, zu. Davon kann Gebrauch gemacht werden. Bitteschön, Herr Brill, Sie haben das Wort.“

StK. Brill:

„Bevor ich die Anfrage beantworte, zwei kurze Bemerkungen. Zum einen für die gelben Säcke sind gar nicht die Kolleginnen und Kollegen vom BBH zuständig, sondern die Firma Fehr. Was ich noch viel spannender finde, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Tatsache, wenn hier einer mal

länger redet, dann hat er jederzeit die Möglichkeit, den Energiebedarf, den er verloren hat, wieder zu stillen. Also, hier sind noch mehrere Twix und Kinderriegel da, also, wenn noch einer länger reden muss, dann kann er sich hier bedienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Anfrage ausstehende Steueransprüche. Ich werde das jetzt so beantworten, dass ich immer nochmal die erste Frage vorlese, damit Sie alle wissen, worum es geht, und dann beantworte ich das nacheinander. Es sind insgesamt 6 Fragen, wozu Sie jetzt die Antworten dann auch hören.

Die erste Frage lautet: Welche Steuerrückstände, egal ob gestundet, oder ob die Vollziehung ausgesetzt ist, bestanden zum Stichtag 31.12.2014 zu den einzelnen Steuerarten? Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Spielapparatesteuer und welchen Status haben diese jeweils? Unbestrittene Forderungen, bestrittene Forderungen.

Ich beantworte das wie folgt:

Die Rückstände zum 31.12.2014, das ist immer der Stichtag, auf den wir uns beziehen:

Grundsteuer A: 715 Euro

bei einem Haushaltssoll, das sage ich mal dazu, von 74.500 Euro.

Grundsteuer B: 134.393 Euro

bei einem Haushaltssoll von 2.840.000 Euro

Gewerbesteuer: 330.371 Euro

bei einem Haushaltssoll von 6,366 Millionen Euro

Hundesteuer: 23.074 Euro

bei einem Haushaltssoll von 85.000 Euro

Spielapparatesteuer: 199.619 Euro

bei einem Haushaltssoll von 400.000 Euro

Dann war bei Frage 1 ja noch die Nachfrage, welchen Status sie haben. Davon waren bestritten lediglich die Spielapparatesteuer, diese 199.619 Euro, da kann ich sagen, da gibt es einfach einen Widerspruch bzw. eine Klage eines Spielapparatebetreibers. Die Klage ist aber inzwischen im Übrigen zurückgenommen worden. Das wird sich jetzt demnächst, denke ich mal, bereinigen.

Die zweite Frage lautet: Wie hoch ist der jeweils höchste ausstehende Betrag für jede Steuerart, egal ob bestritten oder unbestritten und egal, ob gestundet oder ob die Vollziehung ausgesetzt ist?

Der höchste Betrag lautet bei der Grundsteuer A 182 Euro, bei der Grundsteuer B ist der höchste Betrag 6.088 Euro, bei der Gewerbesteuer ist der höchste Betrag 27.765 Euro, ich sage jetzt mal, also ein kleiner Fisch. Bei der Hundesteuer sind es 600 Euro, da muss schon jemand mehrere Hunde haben, um 600 Euro irgendwo Steuerschulden zu haben. Bei der Spielapparatesteuer belief sich der höchste Einzelbetrag auf 37.478 Euro.

Dann ist die dritte Frage: In welcher Höhe waren zum Stichtag 31.12.2014 Steuerforderungen zu den einzelnen Steuerarten gestundet?

Gestundet war lediglich bei einer Steuerart, und zwar bei der Gewerbesteuer ein Betrag in Höhe von 9.891 Euro.

Die Frage 4 lautet: In welcher Höhe waren zum Stichtag 31.12.2014 zu den einzelnen Steuerarten Forderungen wegen anhängiger Rechtsbehelfe von der Vollziehung ausgesetzt?

Ausgesetzt von der Vollziehung war lediglich ein Betrag, nämlich bei der Gewerbesteuer ein Betrag in Höhe von 180.992 Euro. Ein Fall, ein Streitfall, da gibt es ein Streitverfahren, Herr Gassmann, mit dem Finanzamt, wie Sie sich denken können.

Dann sind wir bei Frage 5: Werden für die gestundeten oder die von der Vollziehung ausgesetzten Steuern Sicherheiten verlangt?

Sicherheiten werden bei den vergleichsweise geringen gestundeten Beträgen, das sind diese 9.891 Euro, von denen ich vorher geredet habe, nicht verlangt. Die Zahlungsmoral, das muss man an der Stelle sagen, der Steuerpflichtigen, dort wo wir stunden, ist gut. Die Raten werden in der Regel pünktlich überwiesen, und wenn die Stundung nicht eingehalten wird, dann ist der Betrag auf einmal fällig, so, wie Sie das kennen. Wenn der nicht gezahlt werden kann, dann wird unsere Vollstreckungsstelle natürlich tätig.

Frage 6 lautet: Werden die gestundeten oder die von der Vollziehung ausgesetzten Steuern verzinst? Na klar, die Verzinsung bei den gestundeten Beträgen beträgt 6 Prozent und auch die von der Vollziehung ausgesetzten Beträge werden verzinst, wenn der Betrag zu entrichten bzw. zu zahlen ist.

Wir haben nochmal folgendes für Sie gemacht, um mal deutlich zu machen, dass wir an der Stelle eigentlich kaum ein Problem haben, was die Steuerrückstände anbelangt, kaum. Wir haben mal ausgewertet die Steuerrückstände der letzten 5 Jahre, 2010 bis 2014. Also, es ist jetzt nicht Teil der Frage, sondern einfach sage ich Ihnen das nochmal dazu. Diese Auswertung hat ergeben, dass 1,06 % der Steuerbeträge nicht beizutreiben sind, 1,06 % von in diesem Zeitraum 43,5 Millionen Euro waren es 461.000 Euro, das heißt, 92.000 Euro ungefähr pro Jahr, die nicht beizutreiben sind, bei der Gesamtsumme unserer Steuereinnahmen ist das eine Größenordnung, ich hätte die, ich sage jetzt mal 92.000 Euro natürlich lieber, gar keine Frage, aber es ist, glaube ich, eine Größenordnung, die, ich will nicht sagen verschmerzbar ist, aber die tolerabel ist. Ich habe dann mal versucht und habe auch meine Verwaltung beauftragt, mal rauszufinden, wie stehen wir eigentlich im Vergleich mit anderen Kommunen dar? Es gibt keine Vergleichszahlen, das kann ich Ihnen sagen. Die gibt es nicht, die sind nicht zu recherchieren. Vielleicht sagt mir Herr Gassmann vom Finanzamt etwas anderes, weiß da was. Er schüttelt auch mit dem Kopf. Also, es gibt tatsächlich, das müsste man extra bei Kommunen erheben, und dann wissen Sie selber, um da eine vergleichbare Aussage zu kriegen, das kriegen Sie nicht hin. Da müssen Sie einen Vergleichsring gründen mit Kommunen, wo Sie sich erstmal drauf verständigen, welche Merkmale werden eigentlich erhoben? Das brauchen wir nicht zu machen. Ich glaube, diese letzte Zahl, die ich gesagt habe, mit den 1,06 %, ist schon ganz aussagekräftig. Für uns zumindest. Vielen Dank.“

Stv. Gassmann:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Schönen Dank für die ausführliche Antwort. Für mich ist diese Antwort sehr aussagekräftig. Ich habe eine Zusatzfrage zu der Frage 2. Die Frage 2 war: Wie hoch ist der jeweils höchste ausstehende Betrag für jede Steuerart? Da wurden Beträge genannt. Meine Frage ist: Die Beträge, die genannt worden sind, sind das die Beträge pro Steuerpflichtigen oder sind das die Beträge, die höchsten Beträge einer jeweiligen Steuerfestsetzung? Danke.

Dann nochmal ergänzend, wir haben gehört, wie hoch der jeweils höchste ausstehende Steuerbetrag ist. Meine Frage: Bezieht sich diese Antwort, die wir bekommen haben, auf die Person des Steuerpflichtigen oder bezieht sich diese höchste ausstehende Steuerlast auf eine einzelne Steuerforderung? Einzelne Steuerforderung hieße zum Beispiel Grundsteuer 2014. Grundsteuer 2013, 2012, 2011 zusammengenommen ist ein anderer Betrag, als wenn man nur die Grundsteuer 2012 nimmt. Deswegen meine Frage, die Beträge, die uns da genannt worden sind, beziehen sich die auf den einzelnen Steuerpflichtigen, oder bezieht sich das auf den einzelnen Steuerzeitraum, wie auch immer.“

StK. Brill:

„Also, genannt, Herr Gassmann, habe ich immer den höchsten Einzelbetrag, und das betrifft den Steuerpflichtigen.“

Stv.-V. Montag:

„Gut, dann sehe ich keine weitere Zusatzfrage, schließe den Tagesordnungspunkt 9 und rufe auf den Tagesordnungspunkt 10 „Antrag der FWG Stadtverordneten-Fraktion betr. Einführung eines Anliegen-Managements“, Berichterstatter ist Herr Stadtverordneter Hölzel. Bitteschön.“

80. ANTRAG DER FWG-STV.-FRAKTION BETR. EINFÜHRUNG EINES ANLIEGEN-MANAGEMENTS

- 11 -

Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir erinnern uns bitte an den Februar des vergangenen Jahres. Hier gab es einen Antrag zum gleichen Thema seitens der Kollegen der CDU-Fraktion. Auch wir von der FWG waren seinerzeit über die Notwendigkeit und die Richtigkeit des Antrages überzeugt. Schon gar, wenn die immer wieder von eigentlich allen politischen Kräften propagierte Beteiligung der Bürger in der Gemeinde, so auch in Eschwege, Praxis und Anwendung finden soll. Nach der damaligen, durchaus knappen Ablehnung des Antrages, hatten wir von der FWG im Anschluss einen solchen Mängelmelder mit einem eigenen Internetauftritt präsentiert. Die Meldungen, die uns erreichten, waren zum Beispiel die Bitumensanierung unserer Straßen, die Fahrbahnmarkierungen in der Gartenstraße, Radweg und nicht Fußgängerweg an den Unteren Anlagen, Geländerverschraubung Tränenbrücke, Verkehr untere Neustadt, Beleuchtung Böhmetal, Bankettschaden an einer Zufahrtsstraße, Hundeklo Heuberg und so weiter und so weiter. Hier haben Eschweger Bürger via Internet auf eine Situation aufmerksam gemacht und haben gezeigt, dass der Bedarf nach so einem Instrument des Anliegenmanagements durchaus besteht. Wir hatten selbst auf die Schnelle eine eigene Software dafür gebaut und die Benutzung ist denkbar einfach. Es kann aber, wie in unserem Ihnen vorliegenden Antragstext beschrieben, nicht Aufgabe einer Stadtverordnetenfraktion sein, ein solches Angebot bereitzustellen, noch darf und sollte es an die Nutzung eines sozialen Netzwerkes gekoppelt sein. Meine Damen und Herren, bei der Einbringung des Themas im vergangenen Jahr ist unter anderem auch über oder sind über die Kosten diskutiert und debattiert worden, hier sind Behauptungen aufgestellt worden, ohne die anderen, die dagegen sich gerichtet haben, zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren, Sie sollten wissen, dass es durchaus gute und kostenlose, so genannte „Open Source-Software“ gibt, was neben Telefon und E-Mail das Eschweger Rathaus und das hoffentlich zukünftige Anliegen-Management unterstützen kann. Das alles soll aber heute nicht festgelegt werden. Das betone ich. Nochmal, dieses soll heute nicht festgelegt werden, wie das zukünftige Anliegen-Management im Rathaus im Eschweger Rathaus stattfinden kann, sondern unser Antrag soll zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss überwiesen werden. Dort nochmal möchte ich beraten, Ideen diskutieren und hoffentlich auch dann einen solchen Mängelmelder etablieren. Damit dies den Hauptausschuss erreicht, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Herzlichen Dank.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen. Der Mängelmelder, das Anliegen-Management, war ja mal unser Baby. Ich habe meinen alten Antrag vom 1. Februar letzten Jahres, da habe ich den geschrieben, habe ich mitgebracht. Den will ich hier nicht nochmal vortragen. Ich glaube, ich brauche die Argumente auch nicht mehr vorzutragen. Kollege Hölzel hat das eben sehr schön anscheinlich gemacht. Eins muss man den Freien Wählern sagen, ihr habt nach dieser unsinnigen Ablehnung hier in diesem Haus was daraus gemacht. Es ist eine tolle Idee, wir hätten es auch haben können. Das Lob gebe ich an euch, und jetzt gibt es Erfahrungswerte. Und das zweite, was ja letztes Jahr passiert ist, nachdem das hier abgelehnt worden ist, da hat sich eine Facebook-Gruppe gegründet. „Eschweger Mängelmelder“. Ich lese das auch mit. Ich weiß, der Bürgermeister liest nicht nur mit, der antwortet auch sehr aktiv und wenn ich es richtig gesehen habe, hat sich jetzt auch der Chef vom Baubetriebshof angemeldet. Wahrscheinlich auch nur aus rein privatem Interesse. Aber es zeigt mir, dass so was von Nöten ist und andere Gemeinden machen es uns ja vor. In dem letzten Jahr, was jetzt verstrichen ist, hat zum Beispiel hier, wir bleiben jetzt mal in Nordhessen, Melsungen so was eingeführt. Die

arbeiten übrigens auch mit der kostenfreien Software. Das ist möglich, und ich denke, das sollte für uns auch möglich sein und vielleicht hat sich ja, frei nach Adenauer „Es verbietet mir keiner, jeden Tag schlauer zu werden.“, dann auch bei den anderen Fraktionen in diesem hohen Hause hat auch ein Nachdenken eingesetzt, und wir kommen zu einer gemeinschaftlichen Lösung. Ich erinnere Sie an ein Ereignis, das ist jetzt viereinhalb, fünf Wochen her, in der Nacht vom 30. auf den 31. März gab es hier ein Wetterereignis, einen großen Sturm, da ist auch einiges kaputt gegangen, nicht nur das Dach der Marktkirche, sondern auch viele kleinere Schadensfälle. Wie praktisch wäre es für das Rathaus gewesen, am nächsten Morgen durch die Bürger, die ja ein Interesse an einer funktionierenden Stadt haben, auch ein weiteres Auge oder viele weitere Augen zu haben, um zu sehen, welche Schäden der Sturm verursacht hat. Das hätte keinem wehgetan, aber vielen genutzt, meine Damen und Herren, und vielleicht gelingt es uns ja, dass wir heute dazu kommen, dass es in Zukunft nützlich wird. Vielen Dank.“

Stv. Gassmann:

„Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Wir reden sehr oft, gerade jetzt vor der anstehenden Wahl, von Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger, wir reden von Wahlmüdigkeit. Ich, für meine Person, mache hier unter anderem eine Ursache aus, das ist die, dass die Menschen das Gefühl haben, die Politik macht Politik über die Köpfe der Menschen hinweg. Und deswegen ist Bürgerbeteiligung, deswegen ist Transparenz aus meiner Sicht so unwahrscheinlich wichtig. Dieser Antrag geht meines Erachtens in die richtige Richtung. Ich würde ihn, so wie er jetzt hier steht, würde ich dem Antrag in endgültiger Form wohl nicht zustimmen. Ich habe auch den letzten Antrag abgelehnt mit dieser Überzeugung. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung, sollten wir uns Gedanken machen, auf welche Art und Weise wir die Bürger mit ihren Anliegen ernst nehmen und in welcher Weise wir die Anliegen von den Bürgern aufgreifen. Deswegen finde ich es richtig, dass wir diesen Antrag in den Ausschuss überweisen und in diesem Ausschuss gemeinsam mit allen Fraktionen eine Lösung versuchen zu finden, die den Bürgern auch gerecht wird. Nur eine Sache vorab schon, das geht mir bei weitem nicht weit genug das Anliegenmanagement. Es muss weiter gehen. Es muss viel weiter gehen. Es ist erforderlich, nach meinem Dafürhalten ist es erforderlich, dass die Anliegen, die die Bürger haben, auch telefonisch beim Rathaus, bei der zuständigen Stelle, vorgebracht werden können. Ich bin der Meinung, jeder Bedienstete der Stadt Eschwege muss für solche Sachen ...“

Bgm. Heppe redet vom Platz aus:

„Herr Gassmann, wir verfügen über ein Telefon, und das funktioniert auch.“

Stv. Gassmann:

„Nur, ich gehe einen Schritt weiter, Herr Bürgermeister. Ich gehe einen Schritt weiter. Ich sage, wenn Anliegen der Bürger kommen, sollen sie ernst genommen werden. Ich habe, bevor ich in die Kommunalpolitik gegangen bin, habe ich drei Anliegen geäußert am Telefon, und das teilweise sogar nach Aufforderung in der Zeitung, drei Mal Anliegen formuliert, unterschiedlicher Art, und nichts davon ist auch nur ansatzweise geregelt worden. Deswegen, es reicht nicht aus, dass man ein Telefon hat, ich weiß, dass es im Rathaus sehr viele Telefone gibt, aber das reicht nicht aus. Sondern ich erwarte und dazu gehört, das verstehe ich unter Anliegen-Management, ja, Herr Hölzel, dass man diese Anliegen, die auch telefonisch kommen, ernst nimmt. Ich würde zum Beispiel dafür Sorge tragen, dass diese Anliegen von dem jeweiligen Bearbeiter protokolliert werden und dann auch entsprechend abgearbeitet werden und dem Fachbereichsleiter zur Kenntnis gegeben wird, damit dann, wenn die entsprechende Notwendigkeit gegeben ist, auch im Magistrat darüber berichtet wird. Dass das nicht einfach unter den Tisch gekehrt wird. Das verstehe ich unter Bürgerbeteiligung, deswegen bin ich für dieses Anliegen-Management und deswegen sollten wir darüber im Ausschuss in aller Ruhe, in aller Sachlichkeit mit allen Fraktionen diskutieren und versuchen, da eine Verbesserung zu finden. Danke.“

Stv. Pftzing:

„Also, ich glaube, Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, unsere Verwaltung hat genug zu tun. Aber es geht auch wesentlich schneller und einfacher. Ich kann versichern, wenn es wirklich brennt, dann wird von dem Baubetriebshof ganz schnell gearbeitet und zwar mein Beispiel hierfür. Nach einem Starkregen waren einige Platten vor dem Spielwarengeschäft in der Nikolaistraße unterspült und eine Platte war regelrecht runtergesackt. Ich habe dann so um 10:00 Uhr an diesem Tag beim Baubetriebshof angerufen, habe die Sache beschrieben, und um 12:00 Uhr war der Schaden behoben. Also, schneller geht es wirklich nicht. Nochmal vielen Dank für die sofortige Erledigung. Also, ich bin gegen einen Mängelmelder.“

Stv. Volkmar:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren. Schon im Februar haben wir eigentlich diesen Antrag auch unterstützt. Ich verstand damals nicht und verstehe es heute nicht, wieso man gegen so einen Antrag sein kann. Wir wollen immer mehr Bürgerbeteiligung, wir wollen den Bürger hören, und wieso sperren wir dann uns hier dagegen aus? Ich habe eben nochmal gehört, bestätigt bekommen, dass es Open-Source-Lösungen gibt, das heißt, es fallen keine Kosten groß an. Wenn Mängel ernst genommen werden, dann werden sie sowieso bearbeitet, wieso schafft man nicht so eine öffentliche Plattform? Ich kann es nicht verstehen und ich finde den Vorschlag sehr gut, diese Ausgestaltung und das Ganze nochmal im Hauptausschuss zu besprechen und ich werde das Ganze, bzw. die FDP-Fraktion wird das Ganze unterstützen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, auf der Homepage der Stadt ein Anliegen-Management (sog. „Mängelmelder“) einzurichten. Dabei soll auch ein Zugang für mobile Endgeräte (z. B. als App) möglich sein.
2. Der Antrag wird an den Hauptausschuss zur endgültigen Beschlussfassung überwiesen.

Mit 13 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

**81. ANTRAG DER CDU-STV.-FRATKION BETR. VERBESSERUNG DER PARKSITUATION AN DER KINDERTAGESSTÄTTE „KLEINE STROLCHE“
- 3/11 -**

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Wir alle wissen, haben es zum Teil ja auch schon im Ausschuss gehabt, dass unsere städtische AWO-Kita „Kleine Strolche“ erweitert wird. Es gibt zwei Gruppen mehr, und wer mal vor Ort ist, mit den Eltern redet, weiß, dass es morgens und zu den Abholzeiten da eine Verkehrssituation gibt, die unbefriedigend ist. Das geht über das wilde Parken, das Fahren über die Banketten, auch über die Beschwerden des zu schnellen Fahrens in der Anliegerstraße, und da muss eine Lösung her. Wir haben uns das vor Ort angeguckt. Ich nehme mal an, viele von Ihnen kennen das auch, und ich mache es jetzt kurz, ich habe der Werra-Rundschau vom 23.04.2015 entnehmen können, dass sich auch der Magistrat über den Punkt „Mehr Parkraum, wie organisieren wir das besser?“ schon Gedanken gemacht hat, und uns würde es freuen, wenn wir im Ausschuss dazu Infos kriegen. Ich habe auch inzwischen mitgekriegt, dass der Elternbeirat frühzeitig beteiligt worden ist. Dafür auch herzlichen Dank, und wir können es kurz machen, der Antrag spricht für sich, wenn der Magistrat im Ausschuss, wenn wir uns darauf einigen können, dass wir den überweisen, und der Magistrat im

Ausschuss berichtet, können wir den Tagesordnungspunkt auch ganz schnell wieder verlassen. Vielen Dank.“

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich weiß nicht, ob man den Antrag jetzt in den Ausschuss überweisen muss, aber man kann über die Ergebnisse im Ausschuss, egal ob das im Bau- und Planungsausschuss oder im Ausschuss für Soziales und Kultur ist, gerne berichten. Weil, Ihr Antrag hat sich tatsächlich erledigt. Ich weise einfach noch einmal darauf hin. Und wenn man vielleicht vorher gefragt hätte, hätte man das auch wissen können. Am 14.01.2015 habe ich bereits mit Elternvertretern über dieses Thema gesprochen. Da war der Fachdienst 43, das ist das Gebäudemanagement, das dafür ja zuständig ist, auch mit am Tisch. Damals schon haben wir gesagt, wir finden dafür eine Lösung. Deswegen war ich etwas überrascht, muss ich Ihnen sagen, als ich dann in der Werra-Rundschau diesen Artikel gesehen habe. Laut Stellplatzsatzung, um das auch nochmal deutlich zu machen, brauchen wir lediglich zwei zusätzliche Plätze dort oben. Wir haben uns die Situation ja auch angeguckt, der Bürgermeister war auch dabei, wir haben das gemeinsam gemacht. Wir würden auf jeden Fall zu den vorhandenen 12 Plätzen 6 weitere dort unten schaffen können, und das haben wir auch so sehr frühzeitig kommuniziert. Letzte Bemerkung im Übrigen, das wissen Sie vielleicht auch, es werden dort nicht Hortgruppen eingerichtet, sondern es werden Krippengruppen zusätzlich eingerichtet. Ich kann Ihnen aber eines sagen, das prophezeie ich Ihnen, auch wenn wir diese zusätzlichen 6 Plätze schaffen, an der Grundsituation, die haben wir im Übrigen an allen Kindertageseinrichtungen, die haben wir an allen Schulen in der Kreisstadt Eschwege und nicht nur an den Schulen und Kindertagesstätten bei uns, sondern überall, die Parkplätze, der Parkraum reicht nie aus, weil alle meinen, sie müssen ja auch mit ihren Fahrzeugen kommen und direkt vor der Tür halten. Und weil man direkt vor der Tür hält, sind im Übrigen auch die Banketten dort kaputt gefahren. Letzte Bemerkung nochmal. Im April haben wir auch eine Verkehrszählung durchgeführt dort. Auch ein bemerkenswertes Ergebnis. An 24 Stunden 140 Fahrzeuge. Das ist so gut wie nichts. Wir haben Geschwindigkeitskontrollen in der Vergangenheit gemacht, wir werden sie auch in Zukunft machen, das wird aber nichts daran ändern, dass es immer wieder Leute gibt, die sich einfach über die Schilder hinwegsetzen, dort kann man nur Schrittgeschwindigkeit fahren. Die Beschilderung ist da, da ist alles Notwendige unternommen worden, um die Kinder möglichst sicher zum Kindergarten auch bringen zu können und wieder abholen zu können. Es bedarf dann an der einen oder anderen Stelle auch der Einsicht der Erwachsenen, dass die Dinge auch eingehalten werden. So viel zum Thema. Also, wir haben das alles abgearbeitet. Vielen Dank.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Brill, ich greife mir Ihren letzten Gedanken auf, dann sehen wir es mal sportlich. Vielleicht hat dann unsere Pressemitteilung, unsere Initiative dazu beigetragen, dass vielleicht die Eltern selber auch mal darüber nachdenken. Sie haben es jetzt hier vorgetragen, wie es ist, gestehe dann auch zu, dann können wir den Antrag so nicht stehenlassen. Ich habe es jetzt mal schnell handschriftlich umformuliert, in der Hoffnung, dass der Stadtverordnetenvorsteher das noch lesen kann: Der Magistrat berichtet im Bau- und Planungsausschuss über die geplanten Änderungen am Parkraum im Bereich der Kindertagesstätte „Kleine Strolche“. Vielleicht ist das ja mehrheitsfähig. Was, wohin, das ist ja nun auch ein Thema, das kann man ja dann mal mitbesprechen, muss ja keine Sondersitzung geben, sondern im Rahmen einer normalen Sitzung kann man das mal machen.“

Stv.-V. Montag:

„Also, bei der Wichtigkeit des Themas würde ich eine Sondersitzung vorschlagen. Eindeutig. Also, hier ist doch alles beantwortet. Ich verstehe es jetzt nicht mehr. Der Magistrat kann berichten wo er will. Das ist ja in Ordnung, wenn so ein Thema ansteht. Aber, na gut.“

Stv. Fiegenbaum:

„Also, ich finde auch, eigentlich ist alles gesagt, Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Eigentlich ist alles gesagt. Also, wieso stehe ich dann noch hier? Verbesserung der Parksituation, Kontrolle der Geschwindigkeit, okay. Gerade klang es ja schon an. Mit dem Fahrzeug bis vor den Haupteingang fahren müssen, das sind die Ansprüche heute, denn wir leben in einer Gesellschaft, die sehr stark anspruchsbewusst denkt. Das muss einfach gehen. Da müssen entsprechende Parkplätze sein, wo auch immer, ob das am Akazienweg ist oben oder im Himmelreichsgraben oder auch hier beim Schwanenteich, ich erlebe ja diese Abhol- und Bringsituation immer wieder auch im Alltag, ein paar Meter mehr laufen müssen, das täte doch auch den bewegungsarmen Kindern gut, die mit der Familienkutsche überall hingebacht werden und sich früh daran gewöhnen. Das geht ja dann so weiter, wenn man morgens den Verkehr sieht, der oben zu unseren Schulen unterwegs ist. Individualverkehr ohne Ende. Irgendwie müssen wir doch da auch anfangen umzudenken und mal überlegen, ist das alles so sinnvoll, wenn das so bleibt? Dann werden noch mehr Parkplätze gebaut und noch mehr Parkplätze. Ich finde, das ist nicht der richtige Weg. Die Folge bei den Kindern ist, die wollen gar nicht mehr laufen, die machen ganz schnell schlapp und landen dann wo? Natürlich bei uns in der Frühförderung in den Psychomotorikkursen. Da haben wir nämlich genau solche, die nichts aushalten, die keine 5 Minuten durchhalten, kein Durchhaltevermögen, keine Konzentration haben. Die Mütter, auch für die bedeutet es was, die kommen beim Bringen und Holen nicht mehr miteinander in Kontakt, es muss alles ganz schnell gehen, raus aus dem Auto, rein in den Kindergarten, zack, zack, zack und Mittags oder Nachmittags, je nach Modul, zur Abholzeit das Gleiche umgekehrt, zack, zack, zack, das bedeutet ja auch was für die sozialen Kontakte. Also, als meine Kinder, die schon etwas älter sind, als die noch in den Kindergarten gingen, da liefen wir alle zu Fuß. Das war alles erreichbar, auch von unserer Seite her. Ich kann das verstehen, wer jetzt hier mit dem Auto dahin fahren muss, klar, der kann aber auch unten in der Holzapfel-Straße stehen mit seinem Auto und ein paar Meter zu Fuß laufen. Warum denn nicht das? Warum muss man immer diesen Ansprüchen gleich nachkommen und immer gleich reagieren? Ist das so auf diesem Weg richtig? Ich möchte es bezweifeln. Danke.“

Stv. Gassmann:

„Also, ich verstehe die Diskussion nicht, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Wenn die CDU-Fraktion Klärungsbedarf hat oder scheinbar auch andere, was spricht denn dagegen, wenn wir einen Berichts Antrag in den Ausschuss geben, um dann im Ausschuss darüber berichtet zu bekommen? Die CDU-Fraktion und andere haben offensichtlich Klärungsbedarf, und deswegen sollte man das auch ein bisschen ernst nehmen, und deswegen bin ich der Meinung, wir sollten diesem Antrag durchaus zustimmen, in der Form, dass wir ihn als Berichts Antrag behandeln, der im Ausschuss abschließend behandelt wird. Danke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Magistrat berichtet im Bau- und Planungsausschuss über die geplanten Änderungen am Parkraum im Bereich der Kindertagesstätte „Kleine Strolche“.

Mit 19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen beschlossen.

**82. BETEILIGUNGSBERICHT DER KREISSTADT ESCHWEGE
BERICHTSZEITRAUM: 2013**

- 2 -

StK. Brill:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben halb zehn. Ich beeile mich deswegen jetzt tatsächlich, mache es ganz kurz.

Sie wissen, die HGO regelt alles, sie regelt natürlich auch, dass wir jährlich einen Bericht über die Unternehmen abgeben müssen, bei denen wir mindestens mit 20 % beteiligt sind. Diese Berichtspflicht besteht für das Jahr 2013 für die Stadtwerke Eschwege, die Seniorenwohnheime Eschwege, die Erneuerbaren Energien Eschwege, die Projektentwicklungsgesellschaft Eschwege, die Kluthe Gemeinnützige Förderungsgesellschaft und die Eschweger Schloßplatz Park-Gesellschaft. Wenn Sie den Bericht gelesen haben, dann werden Sie festgestellt haben, im Prinzip wie in den vergangenen Jahren auch, es gibt bei den genannten Unternehmen keine problematischen, wirtschaftlichen Entwicklungen, von Schieflagen kann man schon gar nicht sprechen. Ich will trotzdem noch zu zwei, drei Unternehmen ganz kurz was sagen, weil das sicherlich wichtig ist. Ich darf vorher aber nochmal darauf hinweisen, weil ja auch immer wieder die Kritik kommt, warum kommt dieser Beteiligungsbericht nicht ein bisschen früher? Ich habe es im Ausschuss schon mal gesagt, aber damit Sie auch alle darüber informiert sind, wir sind davon abhängig, dass wir natürlich die Jahresberichte der Unternehmen, an denen wir beteiligt sind, auch bekommen. Der letzte Jahresbericht ist im Dezember 2014 bei uns eingegangen. So, und dann machen wir uns an die Arbeit. Also, das geht an der Stelle halt dann tatsächlich nicht schneller oder nicht früher.

Nur zwei, drei wenige Sätze. Stadtwerke Eschwege, das ist die Beteiligung, zu 100 % unsere Tochter, wo am meisten Umsatz ist. Bilanzsumme 36 Millionen Euro, fast 100 Mitarbeiter, also ein richtiges mittelständisches Unternehmen. Jahresgewinn erfreulich von 531.000 Euro mit einer hohen Eigenkapitalquote von 38,1 %, und wir profitieren als Kreisstadt natürlich von dem guten Jahresabschluss, weil 325.000 Euro dann auch Gewinnabführung gewesen ist.

Zweiter Blick ganz kurz noch auf die Seniorenwohnheime, meine Damen und Herren. 2013 waren wir noch mit 49 % beteiligt, inzwischen hat sich das ja geändert. Dass wir die richtige Entscheidung getroffen haben und gesagt haben, wir müssen uns zukünftig wirtschaftlich besser aufstellen und deswegen die Fusion mit den Diakoniestationen Witzenhausen und Eschwege gemacht haben, zeigt sich an dem Jahresbericht 2013 auch. Wenn Sie ihn zur Kenntnis genommen haben, haben Sie festgestellt, Bilanzsumme 3,2 Millionen Euro, Defizit 85.000 Euro, und das war nicht das erste Defizit, sondern in den Jahren davor auch. Das Eigenkapital wird mittelfristig immer weiter abgeschmolzen. Die Rahmenbedingungen sind einfach schlecht für Pflegeeinrichtungen im stationären Bereich, hohe Kosten, die wir nicht beeinflussen können im Personalbereich, das sind über 90 % der Kosten, die dort anfallen bei stagnierenden Pflegesätzen. So, und das bringt diese Schieflagen, und deswegen war es richtig, dass wir im letzten Jahr die Entscheidung getroffen haben. Da geht es im Übrigen ja auch um Arbeitsplätze. Da sind 160 Mitarbeiterinnen beschäftigt momentan, und es geht ja auch darum, die zukünftig so aufzustellen, dass wir diese Arbeitsplätze auch erhalten können und erhalten werden und ich glaube, deswegen haben wir die Weichen da gut gestellt. Letzte Bemerkung betrifft die ESP, diese Eschweger Schlossplatz-Park-Gesellschaft. Ich gehe deswegen nochmal darauf ein, weil wir die 2012 gegründet haben und wir deswegen sie zum ersten Mal im Beteiligungsbericht auch auftaucht. Bilanzsumme 610.000 Euro. Wir sind mit 57 % daran beteiligt, das wissen Sie, der Rest, Bekleidungshäuser Vockeroth, Jahresfehlbetrag von 24.800 Euro, das will ich hier an der Stelle nochmal sagen, weil einfach sich eine Erwartungshaltung, nämlich, dass wir insbesondere auch über Werbeeinnahmen nochmal zusätzliche Einnahmen generieren können, sich nicht hat realisieren lassen können. Das ist aber kein Grund zur Beunruhigung, es gibt hier noch ein Eigenkapital von 572.000 Euro. Wir müssen an der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation arbeiten und da eine schwarze Null hinkriegen. Geld verdienen werden wir damit wahrscheinlich in den nächsten Jahren kaum. Vielen Dank.

Ich bitte um Kenntnisnahme, weil, wir wollen den dann anschließend auch 7 Tage und müssen ihn 7 Tage auslegen. Vielen Dank.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

**83. ANTRAG DER SPD- UND BÜNDNIS 90-STV.-FRAKTION BETR. BILDNIS DR. BEUERMANN IM MAGISTRATSZIMMER
- 11/13 -**

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Ich lese kurz den Antrag vor, er liegt ja den Stadtverordneten vor, aber den Gästen nicht.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Juni 2014 wurde vom Stadtverordneten Herrn Dietrich angeregt, das Bildnis des ehemaligen Bürgermeisters Beuermann im Magistratszimmer abzuhängen.

Der Magistrat wird gebeten, im Hauptausschuss zu berichten, wie diese Anregung umgesetzt wurde, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Beuermann aktiv an den Verbrechen der Nazi-Diktatur in Eschwege beteiligt war.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Das mache ich jetzt. Ich war natürlich schon im Magistratszimmer gewesen und habe mir mal das Machwerk angeguckt, und das nenne ich auch ganz ehrlich so, weil das, was ich da gesehen habe, würde bedeuten, einem Eierdieb als solchen auch mit Sanktionen zu belegen. Und Dr. Beuermann war kein Eierdieb gewesen. Das muss ich mal ganz ehrlich sagen. Es hat mich beschämt, das zu sehen. Ein kleines Schildchen, ich will es nicht näher erläutern, weil der Antrag heißt ja, er soll in den Bau- und in den Hauptausschuss überwiesen werden. Wir möchten mal gern daran erinnern, Beuermann war oder ist als Täter identifiziert, wissenschaftlich erwiesen, Professor Krause-Vilmar, so hieß er glaube ich, hat das anerkannt. Es gibt einen großen Bericht über Dr. Beuermann, er war ein Täter. Das heißt, Dr. Beuermann ist dafür verantwortlich, dass am 8. und 9. Dezember 1941 62 Eschweger Bürger ins KZ geschickt wurden. Mit der dementsprechenden Konsequenz, sie sind getötet worden. Insgesamt sind 111 Eschweger Bürger durch die Taten vom Beuermann getötet worden, ins KZ geschickt worden, und das was jetzt letzten Endes aus diesem Bild, was ich angeregt habe, was letzten Endes daraus gemacht wurde vom Magistrat, finde ich persönlich beschämend, deswegen auch, bitteschön, berichten im Hauptausschuss. Die Kollegin, Frau Strauß, hatte gerade angemerkt, es gibt immer noch oder schon wieder, nein, nicht schon wieder, sondern immer noch Umtriebe, Naziumtriebe in Deutschland. Wir haben gerade am 8. Mai, das wäre morgen, es wird erinnert an das Ende des Krieges, da werden die ganzen Gräuere des Zweiten Weltkrieges, in jedem Programm des Fernsehens kann man sie sehen, wieder aufgeführt. Naziumtriebe gibt es immer noch in Deutschland, und wir wollen mal eins nicht vergessen, das finde ich sehr erschreckend, am 1. Mai diesen Jahres, das ist noch gar nicht so lange her, wurde eine Gewerkschaftsdemonstration, und da bitte ich vor allen Dingen gerade den rot-grünen Magistrat genau zuzuhören, der die Entscheidung auch getroffen hat, was dieses Bildnis angeht im Magistratszimmer, eine Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai in Weimar wurde von Neonazis angegriffen. So, das erinnert einen doch an irgendetwas. Insofern kann man sich nicht irgendwie aus der Sache rausreden und sagen, es ist vorbei. Es ist nicht vorbei, es ist immer noch am Laufen, es wird immer schlimmer. Deswegen bitte ich auch darum, dieses im Hauptausschuss zu berücksichtigen, wenn nochmal über das Bildnis Beuermann geredet wird. Danke fürs Zuhören.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag wird in den Hauptausschuss zur Berichterstattung überwiesen.

Mit 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen.

84. ANTRAG DER SPD- UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-STV.-FRAKTION BETR. REGIONALISIERUNGSMITTEL DES BUNDES ZUR FINANZIERUNG DES BUS- UND BAHNVERKEHRS, U. A. DES NORDHESSISCHEN VERKEHRSVERBUNDES (NVV)
- 4/2/11 -

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir möchten den Magistrat bitten, im Finanzausschuss einen Vertreter oder eine Vertreterin jeweils des NVV, der Nahverkehr Werra-Meißner GmbH einzuladen, um über die Auswirkungen der absehbaren Deckungslücke zur Finanzierung des NVV für den Zeitraum 2015 bis 2019 zu berichten. Der Hintergrund ist, seit etwa einem Jahr ist bekannt, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes zur Finanzierung des Bus- und Bahnverkehrs, nicht nur des NVV, auch des RNV, aber wir reden hier vom NVV, vom Nordhessischen Verkehrsverbund, nicht ausreichend sein werden, um das derzeitige Angebot an Bus und Bahn für diesen Zeitraum 2015 bis 2019 aufrecht zu erhalten.

Vielleicht kurz noch zur Erläuterung. Was ist das eigentlich Regionalisierungsmittel? Die Verantwortung für den regionalen Bus- und Schienenverkehr ging in 1996 vom Bund auf die Länder über und dafür hat der Bund den Ländern einen gewissen Anteil zugesagt, an der Finanzierung des Aufwandes, den die Länder dafür haben und das sind die so genannten Regionalisierungsmittel. Nur ein Beispiel was jetzt passiert ist. Also, die Kosten pro Kilometer Trasse sind seit 2002 um fast 30 % gestiegen, die Regionalisierungsmittel im Gegenzug aber nur um 8 %. Und jetzt wird die Deckungslücke so groß, dass die Gefahr drohen könnte, dass tatsächlich Verbindungen abbestellt werden müssen. Ob das der Fall sein wird, darüber würden wir gern Klarheit haben und da bitten wir halt die Vertreter der Verkehrsverbände, also des NVV und des Nahverkehr Werra-Meißner im Ausschuss zu berichten. Vielen Dank.“

Stv. S. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, lieber Kollege Jung, Sie haben ein richtiges und wichtiges Thema angesprochen und es ist auch gut, dass wir darüber reden. Es ist eines der Themen, die zwischen den Ländern und dem Bund komplett streitig sind. Der Bund bietet den Ländern momentan eine Finanzierung von 7,3 Milliarden Euro mit einer Dynamisierung, sprich jedes Jahr mehr, von 1,5 %, die Länder hätten gern 8,5 Milliarden Euro und eine Dynamisierung von mindestens 2 %. Das ist letztens im Bundesrat besprochen worden. Das Ergebnis ist ausgegangen 16:0, sprich alle Länder sind sich einig und stehen gegen den Bund. Das scheint momentan auch relativ festgefahren zu sein. Von daher ist es wichtig, dass wir auf das Thema aufmerksam machen und vielleicht gelingt es ja, dass auch von allen Seiten ein bisschen Druck auf die Bundespolitik gelegt wird. Ich hätte an Ihren Antrag nur so einen ganz klitzekleinen Änderungswunsch, und zwar bei den Auswirkungen. Das ist jetzt ein sehr allgemeines Thema. Da fragen wir uns, geht es um den Kreis, geht es um Nordhessen, geht es um das NVV-Gebiet allgemein? Ich würde mir wünschen, dass wir einfügen könnten: „Um die Auswirkungen der absehbaren Deckungslücke beim NVV für die Kreisstadt Eschwege ...“. Weil, wir müssen ehrlich sein, dafür sind wir gewählt. Was woanders passiert, mag nicht wünschenswert sein, aber es geht uns jetzt erstmal nichts an. Es geht uns das an, wo wir betroffen sind. Und wenn wir das vielleicht in den Antrag mit reinstricken könnten, wären wir Ihnen sehr dankbar. Ansonsten stimmen wir gern zu.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Schneider. Der Herr Jung hat genickt. Aber hat das nicht Auswirkungen, das sind ja Verbände, also, dass das Auswirkungen hat, man müsste das also schon ...“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Gassmann:

„Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich freue mich aus zwei Gründen, dass dieser Antrag eingebracht wurde. Zum Einen, Herr Jung, genau vor einem Jahr hat der Kreisausschuss für Wirtschaft und Verkehr genau zu diesem Thema getagt, auf Antrag der Fraktion Die Linke. Schön, dass Sie unsere Idee aufgegriffen haben und das jetzt in Eschwege vorbringen.

Zweitens hat es mich gefreut, weil die Sache wirklich sehr wichtig ist. Sicherlich gehört diese Sache vordringlich erst einmal in den Kreistag, weil es ein Thema ist, das den ganzen Werra-Meißner-Kreis berührt und nicht losgelöst Eschwege. Nichtsdestotrotz ist es gut, dass wir uns auch hier in Eschwege mal beraten lassen, allein schon deshalb, um Interesse zu bekunden und aufgeklärt werden zu wollen, um dann gegebenenfalls auch unsere Stimme erheben zu können.

Zwei Dinge möchte ich aber trotzdem noch bemerken. Es geht hier nicht nur um Bundespolitik. Wir müssen diesen Berichtsantrag auch vor dem Hintergrund sehen, dass der Gedanke, die beiden Nahverkehrsverbunde zusammenzulegen, nach wie vor bei vielen Leuten im Kopf auf Landesebene ist. Auch deswegen müssen wir dies auch dann nochmal zum Thema machen, dass wir verhindern, dass hier diese beiden Nahverkehrsverbunde zusammengelegt werden.

Zweitens, nicht nur der Bund ist hier in der Verantwortung, auch die Hessische Landesregierung ist hier in der Verantwortung. Und hier spreche ich auch insbesondere die Fraktionen an, die in Wiesbaden das Sagen haben, nämlich CDU und die Grünen. Die Regionalisierungsmittel die vom Bund kommen, sicherlich, da gibt es jetzt Überlegungen und man streitet über die Höhe, aber eines steht auch fest, die Regionalisierungsmittel, die dem Land Hessen zur Verfügung gestellt werden, werden durch eine Finanzierungsvereinbarung des Landes mit den Verbänden aufgeteilt. Und ich habe von dem Chef des NVV noch sehr gut in den Ohren, dass hier geplant war, Regionalisierungsmittel innerhalb Hessens zu verlagern vom NVV zum Rhein-Main-Verkehrsbund. Hier ist eine Verlagerung der Verteilung der Regionalisierungsmittel zumindest im Gespräch. Ich weiß nicht, wie weit das ist. Auch diese Frage gehört in diesem Ausschuss dann durchaus auch angesprochen.

Deswegen, ich freue mich auf diese Sitzung. Danke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in den Finanzausschuss einen Vertreter/eine Vertreterin jeweils des NVV und der Nahverkehr Werra-Meißner GmbH einzuladen, um über die Auswirkungen für die Kreisstadt Eschwege der absehbaren Deckungslücke beim NVV für den Zeitraum 2015 bis 2019 zu berichten.

Einstimmig beschlossen.

**85. ANFRAGE DER PARTEI DIE LINKE BETR. NUTZUNG VON LEERSTEHENDEN
WOHNUNGEN FÜR ASYLBEWERBER
- 4/3/11 -**

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Uns liegt hier eine Anfrage vor mit mehreren Fragen von Die Linke. Dort wird gefragt:

Frage 1: Wie viel Wohnungen im Eigentum der Stadt stehen derzeit in Eschwege leer, welche sind es und wie lange stehen sie schon leer?

Ich habe die Frage in Absprache mit der Verwaltung beantworten lassen und antworte daher wie folgt: Wir haben derzeit 138 Wohneinheiten insgesamt, darunter folgende Leerstände:
im Kastanienweg 1 Leerstand

im Wacholderweg 6 Leerstände wobei 3 kurz vor einem Mietsvertragsabschluss stehen und in der Heinrichstraße 1 Leerstand. Im Kastanienweg ist der Leerstand seit 3 Monaten in der Heinrichstraße seit 1 Monat und im Wacholderweg, das wissen Sie, woher sich die Leerstände begründen, das lag an der geplanten energetischen Sanierung, und seit dem Dezember 2014 betreiben wir ja dort wieder die Wiedervermietung des Objektes.

Dann haben Sie Fragen gestellt, Fragen 2 bis 6, die ich jetzt gemeinsam vorlese, weil ich sie auch im Block beantworten werde.

2. Wurden die Wohnungen auf Eignung als Wohnraum für Geflüchtete untersucht und von wem?
3. Welche der leerstehenden Wohnungen eignen sich nach Auffassung des Magistrats für Flüchtlingsfamilien und welche für die Aufnahme von jeweils mehreren Einzelpersonen? Welche sind nicht geeignet und aus welchen konkreten Gründen nicht?
4. Gab es schon Kontakte mit dem Werra-Meißner-Kreis in Zusammenhang mit den leer stehenden städtischen Wohnungen und der möglichen Unterbringung von Geflüchteten? Welches sind die Ergebnisse?
5. Hat der Werra-Meißner-Kreis schon Aussagen zur Eignung städtischen Wohnraums für Geflüchtete gemacht? Wenn ja, wie sahen diese im Einzelnen aus und wie steht der Magistrat zu diesen Aussagen?
6. Beabsichtigt der Magistrat vor dem Hintergrund zunehmender Flüchtlingszahlen leerstehende städtische Wohnungen den Flüchtlingen anzubieten? Wie weit sind solche Überlegungen gediehen?

Ich beantworte diese Fragen deswegen am Block, da aufgrund des äußerst geringen städtischen Leerstandes, Sie konnten das eben nachrechnen, wir haben über 95 % Auslastungsquote bei unseren Wohnungen, ist nicht damit zu rechnen, dass sich der Werra-Meißner-Kreis zu einer Anmietung unserer Wohnungen entschließen wird. Hinzu kommt, dass der Kreis zur effektiven Betreuung von Flüchtlingen es als erforderlich ansieht, diese in Gemeinschaftsunterkünften, gemeint sind hier mehrere Wohnungen in einem Objekt, wie beispielsweise in der Friedrich-Wilhelm-Straße, zunächst unterzubringen. Gleichwohl sind dem Kreis unsere wenigen Leerstände bekannt und sollte es einen entsprechenden Bedarf geben, werden wir uns natürlich darüber austauschen. Soweit sich Ihre Fragen auf Eignung von Wohnungen, deren Untersuchungen etc. beziehen, insofern hätte man, weil das ja in den Fragen immer wieder auftaucht, das auch zu einer Frage verbinden können, fällt dies in die für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständige Gebietskörperschaft, nämlich dem Werra-Meißner-Kreis.

Zur Frage 7: Sind der Stadt freie Wohnungen gemeldet und sieht der Magistrat hier im Sinne dieser Anfrage Einflussmöglichkeiten auf die Vermieter?

Die Stadt hat den Werra-Meißner-Kreis über mögliche geeignete private Immobilien bzw. Wohnungen und Vermieter im Stadtgebiet informiert. Die Beurteilung bezüglich einer möglichen Eignung trifft der Werra-Meißner-Kreis selbst. Von ihm werden auch die Verhandlungen mit den Vermietern direkt geführt. Die Stadt ist dennoch im regelmäßigen Austausch mit dem Werra-Meißner-Kreis und eine umfassende Liste mit in Frage kommenden Objekten haben wir bereits im Januar an den Kreis gemeldet.

Schönen Dank.“

Stv. Gassmann:

„Ja, auch hier vielen Dank Herr Bürgermeister für die Auskunft, für die erschöpfende Auskunft. Eine Verständnisfrage noch einmal. Hat der Werra-Meißner-Kreis zu verstehen gegeben, dass er sich nicht in der Lage sieht, einzelne Wohnungen für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen? Hat der Werra-Meißner-Kreis sich nicht in der Lage gesehen, einzelne Wohnungen anzumieten für die Asylbewerber?“

Bgm. Heppe:

„Bislang ist es so, dass wir gefragt wurden nach größeren Objekten. Es ist im Januar gezielt nach größeren Objekten gefragt worden, wo also mehrere Wohnungen drin enthalten sind. Letztendlich dafür zuständig für die Unterbringung ist aber der Werra-Meißner-Kreis. Es liegt in seiner Einschätzung, wie er die Flüchtlinge unterbringen will. Sicherlich ist es sinnvoll, gerade dort, wo es Familien sind, diese dann auch, nachdem dann über ihre Anträge entschieden ist, sie auch in ein natürliches Wohnumfeld zu bringen. Und wenn wir dort helfen können, sind wir natürlich gern behilflich.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. Es gibt keine weiteren Fragen, dann schließe ich den Tagesordnungspunkt 15, sehe den als erledigt an und rufe auf den Tagesordnungspunkt 16.“

Bevor ich den jedoch aufrufe, es ist 21:58 Uhr. Muss ich nach unserer Geschäftsordnung, § 17 Abs. 5 die Frage stellen, ob wir denn weitermachen wollen und die restlichen Tagesordnungspunkte abarbeiten wollen. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Die Sitzung wird fortgeführt.

Mit 28 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

**86. ANTRAG DER SPD- UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-STV.-FRAKTION BETR. BE-
RICHT ZU AKTIVITÄTEN UND ZUR VERNETZUNG DER FLÜCHTLINGSHILFE
IN DER KREISSTADT
- 33/11 -**

Stv. Fiegenbaum:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Mit meiner Stimme geht es wirklich langsam zu Ende, aber das schaffe ich trotzdem noch hier.“

Wir haben den Antrag zur Kenntnis genommen, ich lese ihn trotzdem kurz nochmal vor:

„Der Magistrat wird gebeten, über die Aktivitäten zur Integration von Flüchtlingen in der Kreisstadt Eschwege im Sozialausschuss zu berichten. Zudem soll der Magistrat die Voraussetzungen schaffen, um mit dem für die Flüchtlingsarbeit zuständigen Werra-Meißner-Kreis eine bessere Koordination und Vernetzung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in der Kreisstadt zu realisieren.“

Wenn wir gerade den Antrag von den Linken gehört haben, da geht jetzt unser Antrag hier etwas weiter, und zwar nicht nur etwas weiter, sondern gründlich weiter.

Ich begründe jetzt mal unseren Antrag wie folgt: Wie schon in anderen Kommunen soll auch in Eschwege ein Netzwerk für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit und Förderung der Integration in Verbindung mit der kommunalen Hilfe, die durch den Werra-Meißner-Kreis bereitgestellt wird, etabliert werden. Die Ziele sind wie folgt zusammenzufassen:

1. Zunehmend sollen sich in der Stadt Initiativen für eine ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit weiterentwickeln. Es gibt bereits solche, damit sich die Flüchtlinge von der Bevölkerung als wahrgenommen fühlen, damit soziale Kontakte und Freundschaften entstehen können.

2. Diese Initiativen sollen koordiniert werden. Vielfach bestehen nur unzulängliche Kenntnisse hinsichtlich der besonderen Aufenthaltseigenschaft von Flüchtlingen, ihrer sozialen Anspruchsberechtigungen, ihres Krankenschutzes, der Wohnungsversorgung, der Anerkennung von Berufsabschlüssen, den Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt sowie hinsichtlich des Verlaufs eines Integrationsprozesses für eine Einbürgerung. Hierzu gilt es, Grundkenntnisse zu vermitteln.
3. Des weiteren gilt es, die aktuelle Situation und ihre Veränderungen in Eschwege zu begleiten. Die Flüchtlinge, die wir im Moment haben, sind wahrscheinlich von der Anzahl her, in Zukunft noch könnte das völlig anders aussehen, im Moment sind sie noch recht überschaubar, wollte ich sagen. Also des weiteren gilt es, die aktuelle Situation, ihre Veränderungen in Eschwege, zu begleiten, einen Austausch über Themen und Handlungsfelder zu pflegen, eventuell könnte auch ein mehrsprachiger Infolyer ein Ziel sein für die Aktivitäten in der Stadt.

Wir bitten um Überweisung in den Sozialausschuss. Danke.“

Stv. Arifi:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei der Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in die Gesellschaft leisten Ehrenamtliche einen unschätzbaren Beitrag. Sie bieten sich für Sprachunterricht oder Nachhilfe an, begleiten die Menschen auf Behördengängen und zeigen ihnen die Umgebung. So fühlen sich die Flüchtlinge und Asylbewerber von der Bevölkerung wahrgenommen, und es sind auf diese Weise soziale Kontakte oder Freundschaften entstanden. Es ist eine wirklich tolle Sache, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger für die Menschen in unserer Stadt einsetzen, die Hilfe benötigen. Es ist einfach wichtig, dass wir uns unterhalten mit allen, die sich um Flüchtlingsarbeit kümmern, gut vernetzen. Wichtig ist jedoch auch, dass die Hilfsangebote koordiniert werden, damit die Hilfe zielgerichtet geleistet werden kann. So kann ein Netzwerk Synergieeffekte haben. Deswegen soll der Magistrat die Voraussetzungen schaffen, um mit dem für die Flüchtlingsarbeit zuständigen Werra-Meißner-Kreis eine optimale Koordinierung und Vernetzung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in der Kreisstadt zu realisieren. Dankeschön.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über die Aktivitäten zur Integration von Flüchtlingen in der Kreisstadt Eschwege im Sozialausschuss zu berichten. Zudem soll der Magistrat die Voraussetzungen schaffen, um mit dem für die Flüchtlingsarbeit zuständigen Werra-Meißner-Kreis eine bessere Koordination und Vernetzung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in der Kreisstadt zu realisieren.

Einstimmig beschlossen.

87. ANREGUNGEN

87.1 KOSTEN STADTHALLE - 4/2/11 -

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich rege an, dass der Magistrat im Bau- und Planungsausschuss berichtet, durch welche Maßnahmen die Einhaltung des Jahresergebnisses im Teilergebnishaushalt „Stadthalle“ gewährleistet werden soll. Jetzt kann man natürlich sagen: Stelle doch einen

Antrag. Ja, der Antrag ist längst gestellt, der ist auch verabschiedet worden. Und zwar ist dieser Antrag in der Sitzung am 17. Dezember letzten Jahres beschlossen worden, nämlich das Budget, also die Aufwendungen im Bereich der Stadthalle auf 385.000 Euro entgegen dem Ansatz im Haushalt, da war er nämlich um 40.000 Euro höher festzusetzen und gleichzeitig wurde mitbeschlossen, dass der Magistrat im Bau- und Planungsausschuss berichten möchte, wie dieser Planansatz auch gewährleistet werden soll. Weil, es macht keinen Sinn, dass der Planansatz auf dem Papier steht und am Ende die Aufwendungen doch höher werden und deshalb ist es wichtig, dass dieser Bericht so früh wie möglich erfolgt, denn inzwischen sind fünf Monate des Haushaltsjahres vorüber, der Haushaltsvollzug ist weit fortgeschritten, und wenn sich jetzt herausstellen sollte, da klemmt aber irgendwo, werden natürlich die Möglichkeiten der Stadtverordneten, da nochmal korrigierend einzuwirken immer geringer, je weiter der Haushaltsvollzug fortgeschritten ist. Und deshalb rege ich an, dringend, dem Magistrat diesem Beschluss nachzukommen und im Bau- und Planungsausschuss auch zu berichten, und zwar zeitnah, möglichst noch vor der nächsten Stadtverordnetensitzung.“

Bgm. Heppe:

„Dieser Bericht wird gerade auch erarbeitet. Wir sind dabei, die Zahlen zusammenstellen zu lassen und sind dabei aber auch derzeit noch in der Absprache mit den beiden Nutzern der Stadthalle, mit dem Arbeitskreis Open Flair und auch mit der Familie Benning, weil wir natürlich auch ein genaues Auge darauf haben wollen, wie haben sich jetzt, nach der Sanierung, auch die Verbräuche innerhalb des Gebäudes verändert und möchten dann natürlich ein möglichst umfassendes Bild auch bieten können. Da sind wir gerade dabei, das zu erarbeiten. Das kommt.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. In diesem Zusammenhang darf ich an die 3-Monats-Frist, die wir in unserer Hauptsatzung beschlossen haben, erinnern. Aber die Erklärung ist ja jetzt gegeben, dass das noch etwas dauert. Ich erinnere nur noch einmal daran.“

87.2 ANZAHL STADTVERORDNETEN-SITZUNGEN

- 11 -

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Mir ist zwar nicht mehr so ganz klar, auf wessen Mist das gewachsen ist, dass es weniger Stadtverordneten-Versammlungen gibt und beim Magistrat ist es ja ähnlich. Die Sitzungszahl sollte halbiert werden, aber ich finde es ganz ehrlich gesagt unerträglich im Moment. Also, wir haben jetzt eine 3-Stunden-Sitzung mit 17 Tagesordnungspunkten hinter uns. Den einen oder anderen Tagesordnungspunkt konnten wir vielleicht auch nicht so richtig würdigen, weil man da schon so mit dem Hintern denkt und auch mit dem Blick auf die Uhr. Es ist jetzt langsam genug und jetzt geht noch einer nach vorne und noch einer nach vorne, ich will es auch kurz machen. Anregung vielleicht einfach zu gucken, tatsächlich, man kann ja auch mal auf eine Sitzung verzichten, wenn es keine Tagesordnungspunkte gibt, aber regelhaft, wie früher, ich glaube, da waren es 10 Stück und jetzt sind es nur noch 7 oder 8 Stadtverordnetenversammlungen. Das betrifft ja auch den ganzen Ausschuss-Betrieb und so weiter. Auch da ist es so mittlerweile. Anregung, nochmal nachzudenken über die Anzahl der Sitzungen, ob das wirklich so Sinn macht, ob das Geld spart überhaupt auch und unsere Arbeit müssen wir ja auch irgendwie machen.“

Stv.-V. Montag:

„Ich bedanke mich für die Anregung. Das hat also nichts mit dem Magistrat zu tun, sondern die Stadtverordnetenversammlung ist für sich selbst zuständig. Das wird der Bürgermeister wissen. Das liegt auch an mir mit. Es wurden keine Tagesordnungspunkte aus der Verwaltung gemeldet. Zu den Sitzungen die ich terminiert hatte mit Ihrer Zustimmung, da gab es keine Tagesordnungspunkte, und dann

kam die Flut. Das ist so. Aber ich habe daraus gelernt. So eine Sitzung soll es, wie der Kollege Feiertag das auch eben gerügt hat, praktisch, das ist auch so, soll es nicht mehr geben. Ich werde das genau prüfen nochmal, aber es ist eben nach der Antragsfrist, was eingegangen ist, danach muss man gehen. Und wenn am letzten Tag dann 7 Anträge eingehen aus den Fraktionen dann auch, dann kann ich das auch nicht anders bestimmen. Die Anzahl der Sitzungen wird im nächsten Jahr von mir erhöht werden, wobei wir die Gelder einsparen. So habe ich es jedenfalls vorgesehen, dass wir einmal oder zweimal mehr im Rathaussaal tagen und dann sind die Kosten eben wieder eingespielt. Ich hoffe, das konnte ich beantworten.“

Bgm. Heppe:

„Ich hätte nochmal gern ergänzend darauf hingewiesen, dass natürlich man die Anträge, wir, als Verwaltung, bereiten ja auch die Sitzungen mit vor, die Anträge abzuarbeiten hat, die seitens der Politik kommen. Jetzt hatten wir die Sondersituation durch diese Sondersitzung, die dann zwei Wochen früher war als die reguläre Sitzung, dass damit im Prinzip für die reguläre Sitzung ein Großteil der Punkte dann schon abgearbeitet war und man damit jetzt eine Sitzung hat, die einen längeren Zeitraum im Prinzip der Antragsfrist mit umfasst. Das hat mit Sicherheit auch mit eine Rolle gespielt und zum anderen haben Sie alle den Haushalt beschlossen und auch darin das Budget für die städtischen Gremien und mit diesem Budget gilt es auch hauszuhalten. Dankeschön.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Bevor ich die Sitzung nun schließe, möchte ich nochmal darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung am Donnerstag, dem 18.06.2015 im Rathaussaal geplant ist. Das ist nämlich schon eine Sitzung, die das Budget macht.

Ich weise aber noch auf einige Veranstaltungen hin. Am Wochenende, am nächsten Wochenende, nicht an diesem, findet das Kommunale Olympia statt. Ich würde mich freuen, wenn viele Stadtverordnete an den Veranstaltungen teilnehmen. Einladungen sind ja schon ausgesprochen worden. Weiterhin findet am Samstag, dem 16.05.2015 das Frühjahrskonzert der Eschweger Musikzüge statt. Dann habe ich aus Niederhonne ein Programm zum Festprogramm bekommen, da ist das Heimatfest und wird diesmal etwas anders gefeiert und der Festzug findet um 11:00 Uhr am Sonntag statt. Treffpunkt ist am Anger. Wer traditionell dort hingehet, sollte sich am Anger treffen und nicht, wo sich sonst immer getroffen wurde. Und dann ist noch eine ganz wichtige Veranstaltung. Am 30.05.2015, da ist noch ein bisschen Zeit, ab 19:00 Uhr am Platz der Deutschen Einheit, dort wird die 25-jährige Patenschaft der Kirmesgemeinde Mönchsgasse-Mühlhausen und Heuberg Eschwege mit einem großartigen Programm gefeiert. Es spielen viele Bands und es gibt Näheres noch in der Presse und im Internet und sonst kann man auch den Manfred Grebenstein oder die Karin Schneider fragen, die wissen das auch, was da abgeht, die haben nämlich das Fest mitgeplant.

So, dann wünsche ich mir jetzt einen schönen Urlaub, in den ich jetzt gehe. Und ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und schließe die Sitzung um 22:11 Uhr.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**

AM 07.05.2015

gez. Karl Montag

Karl Montag
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)